



TRANSPARENZ- BERICHT 2020

Zahlen, Kampagnen und Projekte unserer Bürgerbewegung

Editorial	3
Herzlichen Dank!	4

Über uns	5
Unsere Vision	6
Eine Bürgerbewegung, zwei Körperschaften	7
Bei Campact arbeiten	9
Kurzprofil	11

Kampagnen	15
2020: Ihr Engagement in Zahlen	16
Wir machen Schlagzeilen	17
Ergebnisse der Kampagnenarbeit im Jahr 2020	18
Kampagnen im Einzelnen	21
WeAct	41
Einsatz für Demokratie: Campact als Gesellschafter in der Hate Aid gGmbH	44

Finanzen	45
Engagement durch Spenden	46
Hinweis zu den Zahlen/Einnahmen	47
Ausgaben	51
Jahresergebnis	59
Vermögen und Geldanlage	60
Jahresabschluss 2020	62

Anhang	77
Kooperationspartner*innen im Jahr 2020/Impressum	77
Körperschaften, die 2020 von Campact e. V. finanzielle Mittel erhalten haben	78
Körperschaften, die 2020 von der Demokratie-Stiftung Campact finanzielle Mittel erhalten haben	80
Bewegen Sie Politik mit Campact	81

Liebe*r Leser*in,

Abstandsgebot, Distanzunterricht, Zoom-Party: Über 1.000 neue Begriffe rund um Corona haben es in unseren Wortschatz geschafft. Die Pandemie hat unsere Sprache beeinflusst, denn sie verändert unser Leben. Das spüren wir auch bei Campact. Unser Alltag sieht anders aus als noch vor einem Jahr. Damit wir als Team gesund durch diese Zeit kommen, haben wir unsere Arbeit angepasst – wie, das erfahren Sie auf den Seiten 9 und 10.

Millionen Campact-Unterstützer*innen haben gezeigt: Unsere Bürgerbewegung streitet trotz allem für gesellschaftlichen Fortschritt. Gemeinsam haben wir den Kastenstand für Sauen abgeschafft, ein Lobbyregister durchgesetzt und die umstrittene Abstandsregel für Windkraft gekippt. Alles zu unseren Kampagnen und welche Erfolge wir feiern konnten, lesen Sie auf den Seiten 15 bis 44.

Auch als Organisation haben wir wichtige Meilensteine erreicht. Besonders stolz macht uns die Tatsache, dass der Campact e.V. dank unserer neuen Geschäftsführerin Dr. Astrid Deilmann nun ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis auf der Führungsebene hat. Für alle anderen Führungspositionen gilt das schon länger. Mehr als die Hälfte unserer Teams wird von Frauen geleitet.

Dankbar schauen wir auf den Zuspruch und die Solidarität, die Campact 2020 erfahren durfte. Als sich viele wegen unserer klaren Haltung zu Corona von uns abwandten, haben sich Tausende Menschen hinter Campact gestellt und gezeigt: Unsere Bürgerbewegung ist stark – und gemeinsam können wir viel erreichen.

Wir danken allen Mitstreiter*innen und Unterstützer*innen für den tollen Rückhalt im Jahr 2020.

Herzliche Grüße

Dr. Felix Kolb
Campact-Geschäftsführung

Christoph Bautz

Dr. Astrid Deilmann

Daphne Heinsen



Wegen Corona waren leider keine großen Treffen möglich:
Ein herzliches Dankeschön aus dem Büro in Verden –
stellvertretend für das komplette Compact-Team!



Liebe Förder*innen, liebe Spender*innen,

die Pandemie hat uns im Kern unserer Arbeit getroffen. Plötzlich war vieles, was unsere Bürgerbewegung ausmacht, nicht mehr möglich: Zehntausende Menschen auf Demonstrationen zusammenbringen, Aktionen mit Aktiven starten, Appelle an Politiker*innen übergeben. Auch unser Trainingslager für junge Campaigner*innen mussten wir absagen.

So war 2020 ein Jahr der Umstellung: Aktionen kosteten mehr Energie, Zeit und Kraft oder konnten nicht stattfinden. Und doch haben wir es geschafft! Coronasicher und kreativ haben wir Politik bewegt. Auf Fahrraddemos, mit starken Bildern und natürlich online – mit Millionen von Unterschriften. Das alles war nur möglich, weil viele Menschen wie Sie unsere Bürgerbewegung gestärkt haben.

Danke, dass Sie mit uns in Bewegung bleiben.

Ihr Compact-Team

Über uns



Unsere Vision

Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der über 2,3 Millionen Menschen für progressive Politik streiten (Stand: Juli 2021). Wenn wichtige Entscheidungen anstehen, wenden wir uns mit Online-Appellen direkt an die Verantwortlichen in Parlamenten, Regierungen und Konzernen. Wir schmieden Bündnisse, debattieren mit Politiker*innen und tragen unseren Protest auf die Straße: mit großen Demonstrationen und lokalen Aktionen. Leere Worte lassen wir nicht gelten – unser Maßstab ist tatsächlich umgesetzte Politik. Finanziert durch Spenden verfolgen wir unsere Anliegen unabhängig von Parteipolitik und Wirtschaftsinteressen.

Unsere Kampagnen treiben sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt voran – für eine Welt, in der alle Menschen ihre Freiheit gleichermaßen verwirklichen können. Progressiv nennen wir Politik, die ...

- ... unsere Umwelt schützt und Frieden schafft,
- ... demokratische Teilhabe stärkt und gleiche Bildungschancen gewährleistet,
- ... Bürgerrechte verteidigt und Geflüchtete willkommen heißt,
- ... für soziale Gerechtigkeit sorgt und für eine solidarische Steuerpolitik eintritt,
- ... Diskriminierung abbaut und Gleichberechtigung herstellt.

Diese Ziele verbinden uns mit sozialen Bewegungen, in die wir uns einbringen und als deren Teil wir uns verstehen. Um die Ziele zu verwirklichen, ist der Nationalstaat häufig zu klein. Wir treten deshalb für eine demokratische Europäische Union der Bürger*innen ein. Wir nehmen Deutschland und Europa in die Pflicht, ihrer Verantwortung für globale Gerechtigkeit nachzukommen.

Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftlicher Wandel nötig und möglich ist. Im Bündnis mit vielen Partner*innen haben wir Deutschlands Felder gentechnikfrei gemacht, den Atomausstieg durchgesetzt, Steuerschlupflöcher geschlossen und für mehr Transparenz in der Politik gesorgt. Das zeigt: Wir können unsere gewählten Vertreter*innen auf das Gemeinwohl verpflichten, wenn wir gemeinsam die Stimme erheben. Deswegen ist unser Motto: Bewegt Politik!

Eine Bürgerbewegung, zwei Körperschaften

Ob auf der Straße oder im Netz: Seit über 15 Jahren streiten Bürger*innen mit Campact für gesellschaftlichen Wandel. Seit 2019 ist neben dem Verein Campact auch die Demokratie-Stiftung Campact Teil unserer Bürgerbewegung. Darum informiert Sie dieser Transparenzbericht über die Aktionen und Finanzen beider Körperschaften. Lesen Sie hier mehr zu deren Arbeit und Hintergründen.

Als Christoph Bautz, Felix Kolb und Günter Metzges 2004 den Campact e.V. gründeten, brachten sie Online-Petitionen nach Deutschland – und schufen damit einen neuen Weg für Bürger*innen, politisch etwas zu bewegen. Protestaktionen, Unterschriftenübergaben, Großdemonstrationen: Längst geht das Engagement der Campact-Unterstützer*innen über das Internet hinaus. Über 2,3 Millionen Menschen setzen sich in unserer progressiven Bürgerbewegung für ökologischen, sozialen und demokratischen Wandel ein.

Zivilgesellschaftliches Engagement, das vom Finanzamt Berlin immer wieder als gemeinnützig bewertet wurde. Doch das änderte sich im Januar 2019: Der Bundesfinanzhof erkannte der Organisation Attac die Gemeinnützigkeit ab. Nach Auffassung der Richter sind Kampagnen und politische Bildung nicht förderbar, wenn sie die politische Willensbildung beeinflussen. Davon ausgenommen sind nur anerkannte Zwecke – wichtige Themen wie Menschenrechte oder soziale Gerechtigkeit gehören nicht dazu. Das Finanzamt für Körperschaften Berlin musste der Ent-

scheidung des Bundesfinanzhofes folgen und erkannte Campact den steuerlichen Status als gemeinnützige Organisation am 2. Oktober 2019 ab.

Dieses Urteil tat weh. Aber es änderte nichts an der Arbeit von Campact. Vieles, was unsere Bürgerbewegung macht, bleibt auch weiterhin gemeinnützig. Gut, dass 2019 die Demokratie-Stiftung Campact auf Initiative des Campact e.V. gegründet wurde: Sie kann zweifelsfrei gemeinnützige Aktivitäten unserer Bürgerbewegung tragen und anteilig mitfinanzieren. Gemeinsam bilden beide Körperschaften ein nachhaltiges Finanzierungsmodell für unsere Bürgerbewegung.

Stiftung und Verein sind eng miteinander verbunden, das zeigen die Satzungen beider Körperschaften. Zudem teilen sie dieselbe Vision – und verstehen sich als Teil derselben Bürgerbewegung. Diese Nähe wird auch durch die Besetzung des Stiftungsrats deutlich: Neben der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Campact e.V. Gisela Enders tragen auch Daphne Heinsen und Christoph Bautz, beide geschäftsführende Vorstandsmitglieder des Vereins, Verantwortung. Die Mitglieder der Stiftungsorgane sind alle ehrenamtlich tätig – und die Demokratie-Stiftung Campact hat auch keine eigenen Mitarbeiter*innen. Der gemeinsame Transparenzbericht wird daher vom Campact e.V. erstellt, um eine transparente und kostensparende Berichterstattung über unsere gesamte Bürgerbewegung zu ermöglichen.

Wer Campact e.V. mit Spenden und Förderungen zur Seite steht, ermöglicht es dem Verein weiterhin, un-
bequem und unabhängig zu bleiben. So kann Camp-
act blitzschnell Kampagnen zu tagespolitischen
Themen starten, aber auch langfristig wichtige The-
men ausdauernd verfolgen. Was sich jedoch geändert
hat: Der Verein kann keine Zuwendungsbestätigun-
gen mehr ausstellen. Für Menschen, die unserer Bür-
gerbewegung größere Spenden zukommen lassen
möchten oder uns in ihr Testament aufnehmen wol-
len, gilt: Die Demokratie-Stiftung Campact ist von der
Schenkungs- und Erbschaftssteuer befreit und kann
für erhaltene Zuwendungen Bescheinigungen aus-
stellen. Die Stiftung fördert ausschließlich gemein-
nützige Projekte, Initiativen und Kampagnen.

Ob Demokratie-Stiftung Campact oder Campact e.V.:
Campact ist eine Bürgerbewegung, die sich für eine
lebendige Demokratie stark macht und für gesell-
schaftlichen Wandel streitet. Wie wir das tun – das
zeigt dieser Bericht.


Bei Campact arbeiten

Eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratisch friedliche Gesellschaft – dafür setzt sich unsere Bürgerbewegung ein. Klar, dass wir bei Campact diese Werte auch innerhalb unseres Teams leben. Sie sind die Grundpfeiler, an denen sich Campact als Arbeitgeber messen lassen möchte.

Campact ist ...

... sozial und gerecht

Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt sind uns wichtig. Deswegen zahlt Campact faire Löhne – die transparent klaren Regeln folgen und für alle nachvollziehbar sind. Campact-Mitarbeiter*innen bekommen eine erfahrungsorientierte Vergütung, die an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) angelehnt ist.

Wir haben uns zu einem fairen Frauenanteil auf der Leitungsebene verpflichtet. Fair bedeutet: Der Anteil an Frauen in Führungspositionen ist mindestens genauso groß wie der Frauenanteil im Team. Im Jahr 2020 waren 11 von 16 Kolleg*innen mit Führungsverantwortung Frauen – zwei Geschäftsführerinnen und neun Teamleiterinnen. Das entspricht dem Verhältnis der bei Campact arbeitenden Frauen insgesamt. Die Organisation Fair Share  überprüft uns regelmäßig.

Campact setzt auf Digitalisierung und Flexibilität – daher arbeiten unsere Mitarbeiter*innen fast ausschließlich im bezuschussten Homeoffice oder Co-Working-Space. Zahlreiche Rückmeldungen aus dem Team haben uns zu diesem Schritt bewegt. Das Ziel:

weniger Belastung durch Reisetätigkeit, mehr Zeit fürs Privatleben.

Ursprünglich war die Einführung der Remote-Arbeit für den Herbst 2020 geplant – durch die Pandemie ging alles viel schneller. Wir haben umfassend reagiert: Über 90 Prozent der Kolleg*innen sind im März 2020 ins Homeoffice gewechselt. Eine Corona-Zulage half dabei, den Arbeitsplatz zu Hause einzurichten. Um Familien zu entlasten, haben wir die Arbeitszeit neu geregelt und Arbeiten im Team umverteilt oder neu priorisiert. Und damit wir als Team weiter zusammenwachsen, treffen wir uns dreimal im Jahr zur Klausur – seit März 2020 auch digital.

Unsere Kolleg*innen bestätigten bei der halbjährlich stattfindenden Team-Befragung mit **94 Prozent Zustimmung**, dass unsere Maßnahmen und unser Handeln im Umgang mit Covid-19 richtig sind. Das macht uns stolz: Trotz räumlicher Trennung und den Belastungen durch die Pandemie haben wir als Team zusammengehalten.

Auch über die Pandemie hinaus bietet Campact viele **attraktive Leistungen**: Im Herbst 2020 wurde die Corona-Zulage durch eine dauerhafte Homeoffice-Pauschale abgelöst. Das ergonomisch korrekte Arbeiten zu Hause stellen wir zudem mit einer umfangreichen technischen Ausstattung sicher. Die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** liegt uns besonders am Herzen: Darum erhalten Eltern bei Campact einen Gehaltszuschlag und haben die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden zu reduzieren.

... ökologisch und nachhaltig

Die Büroräume von Campact befinden sich im **Ökozentrum in Verden**. Von der Photovoltaik-Anlage bis zur Grauwasser-Nutzung: In Sachen Nachhaltigkeit setzt das Zentrum Maßstäbe. In unserem Arbeitsalltag schreiben wir E-Mails und verzichten auf Postbriefe, nutzen Büromaterialien eines ökologisch orientierten Anbieters und achten bei Teamtreffen darauf, dass wir Unterkünfte wählen, die unseren ökologischen Ansprüchen entsprechen.

Mobilität bedeutet für Campact-Mitarbeiter*innen meist, mit der Bahn in der 2. Klasse zu reisen. Trotz vieler Aktionen in ganz Deutschland besitzt Campact **kein eigenes Kraftfahrzeug**: Wenn wir auf Autos angewiesen sind, etwa um Aktionsmaterialien zu transportieren, dann mieten wir Fahrzeuge. Auch Lautsprecheranlagen und anderes technisches Equipment mieten wir – das spart Kosten und mindert die Umweltbelastung.

... demokratisch und friedlich

Wir wollen einen **demokratischen und friedlichen Fortschrittsprozess** gestalten. Das leben wir im täglichen Miteinander bei Campact: Eine **offene und transparente Kommunikationskultur** ist uns wichtig. Dazu gehört auch, Fehler zu machen. Denn als lernende Organisation sehen wir darin eine Chance, besser zu werden. Das gelingt unserem Team auch durch regelmäßige fachliche und persönliche Weiterbildungen, Coachings und kollegiale Fallberatungen – immer in enger und vertrauensvoller Abstimmung mit der jeweiligen Führungskraft.

Das Campact-Team wählt vier Kolleg*innen, die sie in der **Mitgliederversammlung** vertreten. Im höchsten Gremium des Vereins kontrollieren und unterstützen sie gemeinsam mit vier Förder*innen und vier berufenen Mitgliedern die Arbeit des Vereinsvorstands – und sind somit in die strategische und finanzielle Ausrichtung des Vereins eingebunden.

Lust auf gesellschaftliche und berufliche Veränderung?

Auf www.campact.org/jobs gibt es alle aktuellen Stellenangebote.

Kurzprofil

Der Campact e.V. und die Demokratie-Stiftung Campact unterstützen aus Überzeugung die Initiative Transparente Zivilgesellschaft [↗](#) – deshalb legen wir die folgenden Informationen nach ihren Standards offen. Erfahren Sie hier mehr über die Ziele der beiden Organisationen, woher die Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer die Entscheidungsträger*innen sind.

Name, Sitz, Anschrift und Gründungsjahr

Campact e.V.

Sitz: Planufer 91, 10967 Berlin
Verwaltung: Artilleriestr. 6, 27283 Verden

Campact e.V. wurde 2004 gegründet.

Demokratie-Stiftung Campact

Planufer 91,
10967 Berlin

Die Demokratie-Stiftung Campact wurde 2019 gegründet.

Vollständige Satzung sowie Angaben zu den Zielen

Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der über 2,3 Millionen Menschen für progressive Politik streiten.

Mehr über Ziele und Vision finden Sie auf der Seite 6 in diesem Bericht.

[Satzung \[↗\]\(#\)](#)

Die Demokratie-Stiftung Campact befördert sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt für eine Welt, in der alle Menschen ihre Freiheit gleichermaßen verwirklichen können.

Mehr über Ziele und Vision finden Sie auf der Seite 6 in diesem Bericht.

[Satzung \[↗\]\(#\)](#)

Angaben zur Steuerbegünstigung

Im Oktober 2019 wurde Campact der steuerliche Status als gemeinnütziger Verein aberkannt. Campact hatte sich in seiner Satzung auf die Förderung politischer Bildung und des demokratischen Staatswesens berufen. Diese beiden recht allgemeinen Zwecke sind vom Bundesfinanzhof massiv eingeschränkt worden. Für die breite Themenpalette, die Campact bearbeitet, fehlen außerdem zum Teil eigene, spezifische Zwecke in der Abgabenordnung. Dennoch ist die Arbeit von Campact selbstlos und findet im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung statt – ist also der Idee nach gemeinnützig. Campact setzt seine gemeinnützige Arbeit deshalb als Idealverein fort. Für Spenden und Förderbeiträge dürfen aber keine Zuwendungsbestätigungen mehr ausgestellt werden.

Ablehnungsbescheid des Finanzamts [↗](#)
ITZ Fragebogen für zivilgesellschaftliche Organisationen ohne Gemeinnützigkeitsstatus [↗](#)

Die Demokratie-Stiftung Campact (Steuernummer: 27/643/06609) ist nach Feststellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I Berlin vom 04.06.2019 von der Körperschaftsteuer befreit, weil sie gemeinnützigen Zwecken im Sinne der § 52 AO dient.

Feststellungsbescheid [↗](#)

Name und Funktion wesentlicher Entscheidungsträger*innen

Geschäftsführender Vorstand

Christoph Bautz, Geschäftsführender Vorstand
Dr. Astrid Deilmann, Geschäftsführerin
Daphne Heinsen, Geschäftsführende Vorständin
Dr. Felix Kolb, Geschäftsführender Vorstand

Die zwölf Mitglieder der **Mitgliederversammlung**, die verschiedene Gruppen innerhalb von Campact e.V. repräsentieren, unterstützen und kontrollieren die Arbeit des Vereinsvorstands.

Weitere Informationen über Entscheidungsträger*innen finden Sie auf der Website. [↗](#)

Vorstand

Daphne Heinsen, Vorständin

Stiftungsrat

Daphne Heinsen, Sprecherin des Stiftungsrats
Gisela Enders, Mitglied des Stiftungsrats
Christoph Bautz, Mitglied des Stiftungsrats

Informationen über die Organe finden Sie auf der Website. [↗](#)

Tätigkeitsbericht

Informieren Sie sich über Aktionen und Kampagnen auf den Seiten 15–44 in diesem Bericht.

Informieren Sie sich über geförderte Projekte, Initiativen und Kampagnen auf den Seiten 15–44 in diesem Bericht.

Personalstruktur

Bei Campact e.V. waren 82 Mitarbeiter*innen im Jahr 2020 fest angestellt. Insgesamt entspricht das 76 Mitarbeiter*innen in Vollzeit. Außerdem werden studentische Hilfskräfte, Praktikant*innen und ein*e FSJler*in beschäftigt.

Mehr über das Campact-Team erfahren Sie auf der Website. [➔](#)

Lesen Sie mehr zu Campact als Arbeitgeber auf den Seiten 9–10 in diesem Bericht.

Tausende Campact-Aktive engagieren sich bei großen Demonstrationen, lokalen Aktionen und Online-Appellen.

Der Vorstand und der Stiftungsrat arbeiten ehrenamtlich für die Demokratie-Stiftung Campact.

Verwaltungsaufgaben werden – auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags – von Mitarbeiter*innen von Campact e.V. für die Demokratie-Stiftung Campact getätigt.

Angaben zur Mittelherkunft und Mittelverwendung

Angaben zu Einnahmequellen und zur Verwendung der Einnahmen finden Sie auf den Seiten 45–80 in diesem Bericht.

Dort finden Sie auch den Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schomerus & Partner.

Angaben zu Einnahmequellen und zur Verwendung der Einnahmen finden Sie auf den Seiten 45–80 in diesem Bericht.

Dort finden Sie auch den Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schomerus & Partner.

Gesellschaftsrechtliche Verbundenheit mit Dritten

Campact e.V. hat die HateAid gGmbH 2019 mitgegründet und ist Mitgesellschafter (66,6 Prozent der Anteile).

Auf internationaler Ebene ist **Campact e.V.** Teil des OPEN-Netzwerks.

Die **Demokratie-Stiftung Campact** steht in keinerlei gesellschaftsrechtlicher Verbundenheit zu Dritten.

Namen von Personen, deren jährliche Zahlungen mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausmachen

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2020 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2020 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2020 5.000 Euro oder mehr betrug: 1

Natürliche Personen, deren Zuwendung 2020 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Natürliche Personen, deren Zuwendung 2020 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Natürliche Personen, deren Zuwendungssumme 2020 5.000 Euro oder mehr betrug: 2

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2020 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 1 (Campact e.V.)

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2020 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 2 (Campact e.V. und GLS Dachstiftung für individuelles Schenken)

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2020 5.000 Euro oder mehr betrug: 3

Natürliche Personen, deren Zuwendung 2020 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Natürliche Personen, deren Zuwendung 2020 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Natürliche Personen, deren Zuwendungssumme 2020 5.000 Euro oder mehr betrug: 6

Kampagnen



2020: Ihr Engagement in Zahlen

Bewegt Politik
compact!

18 Appelle

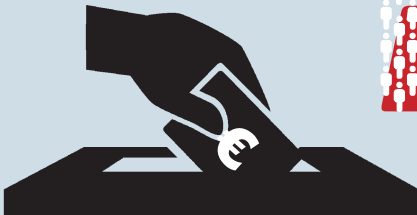
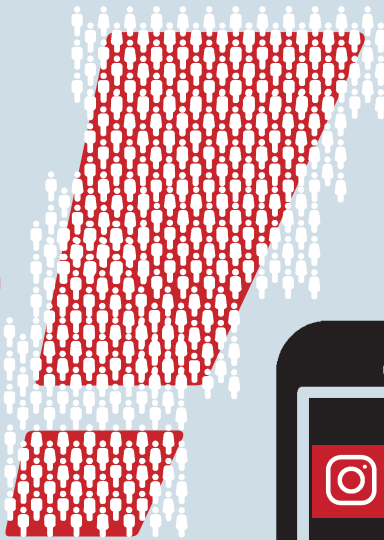


1.424
Petitionen

7,3 Mio. Unterschriften

an **450 Orten**
für den Klimaschutz
mit Maske und Abstand auf **23 Aktionen**
mit **750 Fahrradklingeln**
gegen Billigfleisch

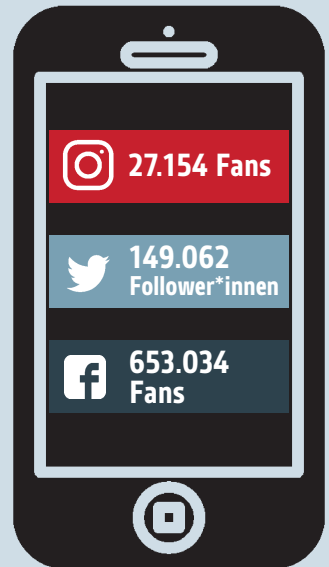
2,3 Mio.
Compact-Unterstützer*innen



84.294 Förder*innen

171.128 Spenden an den Verein

1.254 Spenden an die Stiftung



Wir machen Schlagzeilen

Ob Menschenketten für den Dannenröder Wald, Radfahren gegen Billigfleisch oder Regenbogenmasken am Weltblutspendetag: Wenn Campact-Unterstützer*innen protestieren, wird es kreativ und bunt – auch mit Abstand! Das macht Spaß, schafft Aufmerksamkeit und verhilft unseren Kampagnen zum Durchbruch. Denn sind wir in den Medien sichtbar, wächst unser Einfluss auf die Entscheidungen der Politik. So bringen wir progressive Politik voran.

Klimaschützer protestieren vor Siemens-Hauptversammlung

(Zeit Online, 5. Februar 2020)

Hate Speech im Internet: So können sich Jugendliche gegen Hassnachrichten wehren

(Stuttgarter Nachrichten, 1. März 2020)

Hunderttausende unterstützen online Forderung nach Corona-Zulagen

(Evangelischer Pressedienst, 10. April 2020)

Viel Gegenwind für eine neue Abwrackprämie

(FAZ, 4. Mai 2020)

Blutspende-Verbot für Homosexuelle: „Nicht zeitgemäß“

(Augsburger Allgemeine, 14. Juni 2020)

Umstrittene Staatshilfen für die Lufthansa

(SWR, 27. Mai 2020)

Demo mit Riesenschwein gegen Billigfleisch

(Frankfurter Neue Presse, 28. August 2020)

Lobby-Affäre um Amthor: Der Shootingstar wankt

(Tagesschau, 16. Juni 2020)

Kinder-Demo in ganz NRW: Hunderte radeln für mehr Sicherheit im Stadtverkehr

(Ruhrnachrichten, 19. September 2020)

13.000 Stühle für Moria

(Tagesschau, 7. September 2020)

EU-Agrarpolitik: Wie grün ist sie wirklich?

(BR24, 21. Oktober 2020)

Hambacher Forst: Mehr als 3000 Kohlegegner stehen für Protestaktionen bereit

(Kölner Stadt-Anzeiger, 24. September 2020)

Südtirol klagt gegen Umweltschützer – Pestizidrebelln vor Gericht

(taz, 8. September 2020)

Über die Autobahn geradelt

(Wetzlarer Neue Zeitung, 5. Oktober 2020)

Dannenröder Forst: Menschenkette vor dem Ministerium in Berlin

(Berliner Zeitung, 25. Oktober 2020)

Verbände fordern Änderungen des Gemeinnützigkeitsrechtes

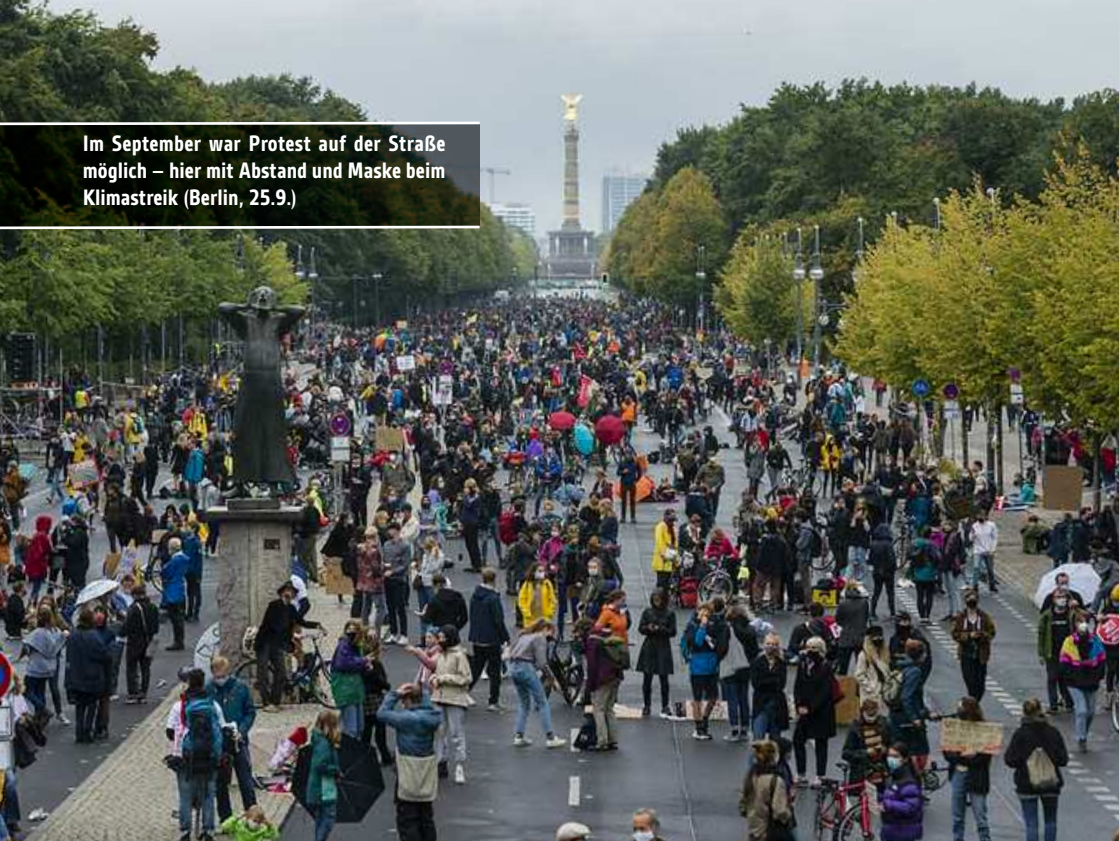
(evangelisch.de, 4. November 2020)

„Wir tun so, als seien wir einsprachig“: Petition fordert mehr Sprachvielfalt auf Berlins Hauptstadtportal

(Tagesspiegel, 11. November 2020)

Ergebnisse der Kampagnenarbeit im Jahr 2020

Im September war Protest auf der Straße möglich – hier mit Abstand und Maske beim Klimastreik (Berlin, 25.9.)



Die Schwerpunkte für das Jahr waren gesetzt. Unser Engagement für den Klimaschutz und gegen Rechtsextremismus wollten wir noch stärker vorantreiben. Und dann kam Corona – unsere Planung stellte das erst einmal ordentlich auf den Kopf.

Doch für Campact war schnell klar: Wir setzen uns weiter für die drängenden Themen unserer Zeit ein. Nun eben auch für ein solidarisches Handeln in der Pandemie. Gemeinsam mit über **2 Millionen Unterstützer*innen** an unserer Seite haben wir auch 2020 Politik bewegt!

Die Klimakrise machte in der Pandemie keine Pause. Ob auf der Siemens-Hauptversammlung, im Dannenröder Wald in Hessen oder in der Kohlegrube im Rheinland – unser Protest war überall! Wenn nicht auf der Straße, dann virtuell: Hunderttausende waren beim ersten **Online-Klimastreik** von Fridays for Future dabei.

Wollen wir die Klimaziele erreichen, geht es nicht ohne die **Verkehrswende**. Das sieht die Autolobby natürlich anders. Sie versuchte, eine Kaufprämie für Verbrenner durchzusetzen – und scheiterte! Ein **starker Erfolg für die Klimabewegung**.

Eine halbe Million Unterschriften gegen Insektengifte und 60.000 blühende Blumeninseln – die Campact-Unterstützer*innen zeigten jede Menge

Einsatz für die Biene. Und auch beim **Tierwohl für Muttersauen** konnten wir im vergangenen Jahr eine echte Verbesserung erzielen: Sie dürfen künftig nicht mehr dauerhaft zwischen engen Eisenstangen im Kastenstand gehalten werden. Über 600.000 Menschen machten sich in unserem Appell dafür stark.

Billigfleisch gefährdet nicht nur Tier und Umwelt – sondern auch die Menschen, die in der Fleischindustrie arbeiten. Der **Corona-Ausbruch im Schlachthof Tönnies** legte offen, wie mies die Arbeitsbedingungen dort sind. Wir starteten einen Appell, organisierten eine coronasichere Demo und machten klar: Mit der Ausbeutung muss endlich Schluss sein! Im November beschloss die Bundesregierung ein Ende der Werkverträge ab 2021.



Gleich hebt es ab: Mit fliegendem Schwein und Fahrrad gegen das Billigfleisch-System (Berlin, 27.8.)

Menschen engagieren sich auf unterschiedlichste Weise in unserer Bürgerbewegung – und jeder ihrer Beiträge ist wichtig! So bewegen wir gemeinsam Politik. (Hamburg, 25.9.)



2020 war für unsere Bürgerbewegung auch das **Jahr des Zusammenhalts**. In der ersten Corona-Welle ließen wir bedruckte Mund-Nasen-Masken produzieren, die Solidarität mit den Menschen in den Lagern an den EU-Außengrenzen zeigten. Mit 13.000 leeren Stühlen vor dem Reichstag machten wir gemeinsam mit der Seebrücke klar: Wir haben Platz, um Geflüchtete aufzunehmen. Und mit Soli-Buttons zum Anstecken erklärten wir uns solidarisch mit der „Black Lives Matter“-Bewegung.

Gleich zweimal paktierten demokratische Parteien im vergangenen Jahr mit Rechtsextremen. In Thüringen ließ sich der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen. Und die CDU in Sachsen-Anhalt drohte mit der AfD zu stimmen, um die Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu blockieren. Wir protestierten laut – und zeigten deutlich: **Wir dulden keine Zusammenarbeit mit der extremen Rechten!**

Andy Szabó darf kein Blut spenden. Nur, weil er schwul ist. Mit einer **Petition auf WeAct**, der Petitionsplattform von Campact, will er etwas gegen die Diskriminierung tun – und über 75.000 Menschen haben sich ihm angeschlossen! Mit WeAct gestalten die Unterstützer*innen unserer Bürgerbewegung Politik aktiv mit.

Viele Menschen haben sich im letzten Jahr für unsere Bürgerbewegung engagiert. Ob Sie mit uns demonstrieren, einen Appell unterschreiben, eine Petition an den Start gebracht oder Campact finanziell unterstützt haben: **Herzlichen Dank**, dass Sie mit uns gemeinsam Politik bewegen!

Kampagnen im Einzelnen

Klimaschutz und Energiepolitik

Klima überall

Ob in der Kohlegrube, am Reichstag oder vorm Konzerttreffen – der Protest fürs Klima war 2020 überall! So haben wir dafür gestritten, dass die Klimakrise in der Pandemie nicht aus dem Blick gerät:

In Australien lodern die Buschbrände – und Siemens heizt das Klima an. Der Konzern will dort an der **größten Kohlemine der Welt** mitbauen. Nicht mit uns: An einem kühlen Februarmorgen

stellen sich Tausende vor der Hauptversammlung des Konzerns in München auf. Eine lange Menschenkette zieht sich rund um die Olympiahalle. Gemeinsam rufen wir uns warm: „Australien brennt, Siemens pennt!“

Vor den versammelten Aktionär*innen übergeben wir unseren Appell mit über **330.000 Unterschriften**. Die Forderung: Siemens muss die Mitarbeit an der Kohlemine stoppen! Selbst Aktionär*innen kri-



Grillparty vor dem Reichstag: Kohlestopp jetzt! (Berlin, 6.3.)

Klimakrise: Die Politik muss endlich handeln – fordern über 20.000 Menschen (Hamburg, 19.2.)



tisieren den Kohle-Deal, aber die Konzernführung bleibt uneinsichtig und hart. Doch wir haben klar gemacht: Die Klimakrise befeuern ist ein schlechtes Geschäft. Siemens steht noch monatelang in der Kritik.

Landtagswahlen in Hamburg und Bayern – der Klimaschutz prägt den Wahlkampf. In Hamburg gehen über 20.000 Menschen auf die Straße; auch Greta Thunberg ist dabei. Drei Wochen später sind in Bayern wegen Corona schon keine großen Demos mehr möglich. Und auch thematisch überschattet die Pandemie die Klimakrise. Doch wir streiten weiter dafür, das Thema hochzuhalten – und verlagern unsere Aktivitäten aufgrund des Infektionsgeschehens noch mehr ins Internet.

Im April erreicht die Pandemie ihren ersten traurigen Höhepunkt. Die Schüler*innen von Fridays for Future tun, was sie immer tun – auf die Wissenschaft hören, Verantwortung übernehmen, handeln. Im April zeigen sie: **Klimastreik geht auch corona-konform!** Hunderttausende schalten ihren Live-stream ein.

Vor dem Bundestag mahnt ein riesiger Schriftzug: „Fight Every Crisis“ – gelegt aus Demo-Schildern, die Aktive vorher nach Berlin geschickt hatten. Das Bild bestimmt die Nachrichten. Fridays for Future hat es wieder geschafft, Klimaprotest richtig groß zu machen. Selbst in Pandemie-Zeiten. Zusammen mit weiteren Klima- und Umweltorganisationen hat Campact die Schüler*innen auch dieses Mal unterstützt.

Ein neues Kohlekraftwerk in Deutschland – mitten in der Klimakrise? NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) macht es möglich. Entgegen aller Vernunft lässt er den **Kohlemeiler Datteln IV** ans Netz. Der Rückhalt fürs Klima in der Bevölkerung ist stark, der Protest riesig – und doch handelt die Politik noch nicht. Wir wissen: **Unser Klima-Einsatz muss weitergehen!**

#KeinGradWeiter: Unter diesem Motto protestieren beim Klimastreik von Fridays for Future am 25. September mehr als 200.000 Menschen mit Abstand und Maske. Die Demokratie-Stiftung Campact unterstützte die Jugendlichen bei der Organisation und Umsetzung. Am Tag darauf blockiert das Bünd-

Weniger Schilder, mehr Masken: Der Klimastreik sah durch Corona anders aus (Hamburg, 25.9.)



nis Ende Gelände im Rheinland mit Tausenden Menschen die Kohlegruben, dezentral und corona-sicher. Mit dabei ist auch Compact-Geschäftsführer Christoph Bautz – er schloss sich den Protesten an.

Mercosur

Riesige Rinderherden, gigantische Soja-Felder – dafür vernichtet Brasiliens ultrarechter Präsident Jair Bolsonaro den Amazonas-Regenwald. Er will Rindfleisch zum Exportschlager in Europa machen. Für die Artenvielfalt und das Klima ist das eine Katastrophe.

Die EU verhandelt trotzdem mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten über ein Handelsabkommen. Dieses würde den brasilianischen Export von Fleisch, Soja und anderen Agrarprodukten massiv

steigern und so die Brandrodung im einzigartigen Amazonasgebiet weiter befeuern. Bereits 2019 haben wir einen Appell gestartet, hinter dem sich inzwischen über **500.000 Compact-Unterstützer*innen** versammeln. Unsere Forderung an die Bundesregierung: Das Mercosur-Abkommen darf es nur mit rechtsverbindlichen Schutzklauseln für Regenwald und Klima geben!

Und endlich, unser Protest zeigt Wirkung: Die Ratifizierung stockt. Die Bundesregierung zweifelt am Handelsvertrag und blickt laut eigenen Angaben „mit großer Sorge“ auf Abholzungen und Brandrodungen. **Nun muss das Abkommen wahrscheinlich nachverhandelt werden – eine große Chance für den Umweltschutz!** Wir verfolgen die Verhandlungen weiter und schreiten ein, wenn es nötig ist.

Klimaschutz und Energiepolitik

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Kohlestopp, Atomausstieg, Klimaschutz – alles hängt davon ab, ob in den nächsten Jahren genügend neue **Wind- und Solaranlagen** in Deutschland entstehen. Darüber haben Union und SPD im Rahmen des neuen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verhandelt.

Egal, wo die Parteien sich beraten haben – **wir waren vor Ort und protestierten für hohe Ausbauziele und Bürgerenergie!** Auf unserer Kampagnenplattform WeAct haben sich Bürger*innen gegen die drohende Abschaltung alter Solaranlagen stark gemacht und Petitionen an Abgeordnete übergeben. Zur ersten Verhandlung des Gesetzes demon-

strierten wir mit einem breiten Bündnis vor dem Bundestag. Und vor der entscheidenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses schrieben Hunderte Campact-Unterstützer*innen persönliche E-Mails an Abgeordnete der SPD und Union.

Das kam an: Gemeinsam haben wir klimaschädliche Vorschläge der Union wie Mindestabstandsregeln für Windräder oder die Abschaltung alter Solaranlagen verhindert. Doch in der großen Frage nach dem Ausbau von Wind- und Solarenergie bis 2030 konnten sich SPD und Union noch nicht einigen – sie haben das Thema aufs nächste Jahr vertagt. **Klar ist, dass wir als Bürgerbewegung auch dann wieder zur Stelle sein werden!**

Protest für die Erneuerbaren
(Berlin, 30.1.)





Den Windrädern sollte es an den Kränen gehen – doch das konnten wir verhindern (Berlin, 12.3.)

Windenergie

1.000 Meter Mindestabstand von Windkraftanlagen zu kleinsten Siedlungen: Das wäre der **Todesstoß für den Windkraft-Ausbau** in Deutschland gewesen. Der Plan von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) wirkte absurd – schließlich müssen wir die erneuerbaren Energien massiv ausbauen, um die Klimakrise zu stoppen.

Monatelang haben wir die Große Koalition mit zahlreichen Aktionen bearbeitet. **Mehr als 150.000 Menschen haben unseren Windkraft-Appell unterzeichnet.** Erst übergaben wir die Unterschriften an

Umweltministerin Svenja Schulze (SPD), Anfang 2020 waren wir dann bei den Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) und Daniel Günther (CDU) – beide Gegner der Mindestabstände. Sie haben uns versprochen, energisch gegen die Pläne vorzugehen.

Am Ende konnte sich die SPD gegen die Union um Wirtschaftsminister Altmaier behaupten – auch dank unseres Protests! **Die Abstandsregel ist nicht verpflichtend.** Landesregierungen können nun selbst entscheiden, wie weit Windräder von Wohnhäusern entfernt stehen.

Verkehrspolitik

Abwrackprämie 2.0

Mai 2020, die Bundesregierung berät über Milliardenhilfen in der Coronakrise – und in Berlin tobt eine Lobby Schlacht. Die Autoindustrie will eine Kaufprämie für Verbrenner. Doch Klimabewegung und Wirtschaftsweisen sind sich einig: Eine Wiederauflage der „Abwrackprämie“ wäre ökologischer Wahnsinn und auch wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Besonders einer machte sich für Kaufprämien stark: Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann – ausgerechnet als Grüner! In seinem Büro klingelten daraufhin pausenlos die Telefone. Hunderte Compact-Unterstützer*innen riefen an und erklärten Kretschmann und seinem

Team, was sie von grüner Verkehrspolitik erwarten. Und auch in Berlin waren wir zur Stelle: mit einer zwei Kilometer langen Menschenkette zwischen Autolobby-Verband VDA und Bundeskanzleramt. Natürlich coronakonform, denn zwischen uns hielten wir lange, bunte Bänder mit der Aufschrift „Abstand halten zur Autolobby“.

Unser Protest – ein voller Erfolg! Wir konnten einen historischen Sieg gegen die Autoindustrie feiern, denn das Hilfspaket sieht keine Kaufprämien für Verbrenner vor. Die Klimabewegung hat gezeigt: Die Macht der Autolobby ist nicht mehr unanfechtbar!

Vorfahrt fürs Klima – Rad statt Abwrackprämie! (Berlin, 5.5.)





Protest der Bäume: Rodung stoppen (Wiesbaden, 4.11.)

Dannenröder Wald

Ein kleiner Wald in Hessen – in dem sich die ganze Kraft einer großen Verkehrswende-Bewegung ballt: Die schwarz-grüne Landesregierung will den „Danni“, wie er liebevoll genannt wird, für eine neue Autobahn abholzen. Daraufhin kommen Tausende Menschen Anfang Oktober ins kleine Dannenrod und fordern den sofortigen Stopp der Rodung. Doch gefällt wird weiter; geschützt von Polizeihundertschaften.

Ohne Corona wären wohl Menschen aus dem ganzen Land in den Danni gereist, um die mutigen Waldbesetzer*innen in ihren Baumhäusern zu unterstützen. Doch wir fanden andere Wege, um den Protest stark zu machen: Gemeinsam mit Unterstützer*innen aus der Region organisierten wir eine Menschenkette und stellten uns als rote Linie schützend vor den Wald. Wir starteten einen Laternenumzug, waren laut in den sozialen Medien und

riefen Anfang Dezember dazu auf, Nikolaus-Päckchen für die Aktivist*innen zu verschicken. Hunderte Pakete mit kleinen Überraschungen kamen in Dannenrod an – eine berührende Geste der Solidarität.

Selbst bei Schnee und Eis harrten die Baumschützer*innen noch im Wald aus. Doch dann kamen die Räumkommandos der Polizei, die Rodungsmaschinen und Kettensägen. Die Baumhäuser wurden zerstört, der Wald von einer riesigen Schneise durchschlagen. Aber noch ist die Autobahn nicht gebaut! Als Reaktion auf unsere Proteste und unseren Eil-Appell mit über 250.000 Unterschriften hat die Grünen-Spitze auf Bundesebene ein **Moratorium für alle Autobahn-Projekte** gefordert. Das ist ein Sieg für die Klimabewegung. Jetzt heißt es dranbleiben – damit die Grünen in einer neuen Bundesregierung dieses Versprechen auch umsetzen.

Ökologische Agrarpolitik

Bienengifte

Ein Notprogramm gegen das Bienensterben: damit starteten wir in den Frühling. Wir verschickten bienenfreundliche Blumensamen an über 60.000 Compact-Unterstützer*innen. Die legten gleich los und verwandelten Balkone, Vorgärten und Fensterbänke im ganzen Land in **blühende Bienen-Paradiese** – eine tolle Hilfe für die hungernden Tiere.

Auch die Bundesregierung versuchte Bienen, Schmetterlinge und Hummeln besser zu schützen. Das **Insektenschutzpaket** versprach weniger Pesti-

zide und mehr Schutzflächen. Doch Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) blockierte das Gesetz monatelang. Das war der Einsatz für unsere Bürgerbewegung: Über 191.000 Menschen unterzeichneten einen Appell gegen das Bienensterben. Und mit Hunderten toten Papp-Bienen stellten wir vor dem Kanzleramt einen Friedhof nach. Als Klöckner uns dort weiter ignorierte, nahm Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) den Appell kurzerhand mit in die Kabinettsitzung – und übergab ihn der Agrarministerin.



Auf dem Bienenfriedhof
(Berlin, 2.12.)



Lasst die Sau raus! Vor dem Agrarministerium protestieren wir gegen den Kastenstand (Berlin, 3.3.)

Nach monatelangem Streit gab Klöckner dann nach; sie macht beim Insektenschutzpaket mit. Doch den Bienenschutz hat sie darin leider massiv zusammengestrichen.

Wie heikel der Protest gegen Pestizide sein kann, musste der Aktivist Karl Bär erfahren. Mit dem Umweltinstitut München hatte er den Einsatz von Pflanzengiften in Südtirol kritisiert – und wurde von einem Lokalpolitiker verklagt. Mit den horrenden Gerichtskosten haben wir ihn nicht alleine gelassen: Über 200.000 Euro spendeten Compact-Aktive für Bärs Gerichtsverfahren. „Auf einmal ist da ein riesiger Druck weg“, dankte Bär allen Spender*innen. Was für ein Beweis, wie mächtig unsere Solidarität ist!

Kurz vor Weihnachten hatte Agrarministerin Klöckner ein giftiges Geschenk für die Agrarlobby: Sie erlaubte gefährliche Bienenkiller – sogenannte Neo-

nicotinoide – per Ausnahmegenehmigung. Dabei hatte die EU diese längst verboten. Wir starteten einen Eil-Appell und über eine halbe Million Menschen schlossen sich an! Leider hielt Ministerin Klöckner trotzdem an den Bienenkillern fest. Doch unser Protest hat gezeigt: Wenn jemand den Bienen schaden will, sind wir schnell zur Stelle – laut und unbequem.

Kastenstand

Eingezwängt: Ihr halbes Leben verbringen Mutter-sauen zwischen Eisenstangen – im sogenannten Kastenstand. Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) wollte diese Tierquälerei für 17 weitere Jahre erlauben. Nur, damit die Agrarindustrie weiter Schweinefleisch zu Dumpingpreisen produzieren kann. Denn durch den Kastenstand kann sie viele Tiere auf engstem Raum halten. Für die Sauen ist das pure Qual.

Doch **620.000 Menschen** wollten das nicht mehr hinnehmen und unterzeichneten unseren gemeinsamen Appell mit foodwatch. Ob vor dem Agrarministerium oder auf Social Media: Mit starken Aktionen haben wir die Grünen beeindruckt, die sich daraufhin im Bundesrat für das Wohl der Sauen einsetzten.

Ergebnis: Der Kastenstand wird nach einer Übergangsfrist bald überall verboten. Leider bleibt er für die Zeit unmittelbar nach der Geburt der Ferkel erlaubt. Trotzdem ist dieser Kompromiss eine deutliche Verbesserung für die Tiere!

Billigfleisch

Ein einziges Unternehmen zwang einen ganzen Landkreis in den Lockdown: Im **Schlachthof Tönnies** in Rheda-Wiedenbrück infizierten sich im Juni über 1.500 Mitarbeiter*innen mit dem Coronavirus. Enge Pausenräume, volle Unterkünfte – die Arbeiter*innen hatten keine Chance, Abstand zu halten. Der Tönnies-Skandal hat System; **Billigfleisch gefährdet Mensch, Tier und Umwelt.**

Mit unserem riesigen Protest hätte Tönnies wohl nicht gerechnet. Über 337.000 Menschen versammelten sich hinter dem Campact-Appell. Im August



Coronakonform demonstrieren:
Unterwegs gegen Billigfleisch
(Berlin, 27.8.)

Sie summt jedes Jahr mit: Die riesige Campact-Biene bei der „Wir haben es satt“-Demo (Berlin, 18.1.)



gingen wir dann auf die Straße – zusammen mit einem aufblasbaren, fünf Meter großen Schwein. Während es über unserer coronasicheren Fahrrad-demo schwebte, klingelten unten 750 Daumen gegen das Billigfleisch-System.

Im November kam dann die Einigung der Bundesregierung: Sie beschloss ein **Verbot für unfaire Werkverträge** ab Januar 2021. Auch mit der Leiharbeit in Schlachthöfen ist es seit April vorbei. Dazu kommen bessere Unterbringung und mehr Kontrollen. Selbst wenn Ausnahmen bleiben, ist das ein großer Fortschritt für die Beschäftigten der Fleischbranche!

„Wir haben es satt“

Ein verkleidetes Schweinchen dort, ein tanzender Imker hier – und gleich nebenan ein dröhnender und hupender Trecker: Bei der „Wir haben es satt“-Demo im Januar verwandelten wir Berlins Straßen

in ein großes Fest für die **Agrarwende**. Über 27.000 Menschen demonstrierten für die bäuerliche Landwirtschaft, Insektenschutz und Tierwohl.

Der Tag gehörte der Landwirtschaft: Parallel zu unserer Demo begann die Grüne Woche in Berlin. Dafür trafen sich die Agrarminister*innen der Welt. Die perfekte Gelegenheit, um unsere Forderungen in die Schlagzeilen zu bringen. Und da waren sie: In der Tagesschau, im Radio und vielen Tageszeitungen.

Mehr als 100 Verbände und Unternehmen organisierten gemeinsam als „Wir haben es satt“-Bündnis die Demo – und das schon zum zehnten Mal! Seit einem Jahrzehnt sind wir nun jeden Januar die bunte Stimme gegen Agrarkonzerne und Lobbypolitik. Was wir fordern, ist klar: **Agrarwende endlich anpacken – Klima schützen!**

Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Hate Speech

Ob Kassel, Hanau oder Halle: Hate Speech hat die Täter angestachelt, die Aufmerksamkeit im Internet war Teil ihrer Motivation. **Hass im Netz zerstört nicht nur den demokratischen Diskurs – er tötet.**

Seit mehreren Jahren setzen wir uns gegen Hate Speech ein. Über 260.000 Menschen fordern mit unserem Appell bereits, dass Betroffene von digitaler Gewalt besser geschützt und Täter*innen entschieden verfolgt werden.

Wir führten zahlreiche Hintergrundgespräche mit Landespolitiker*innen und erklärten, welche Maßnahmen gegen Hass im Netz helfen. Denn die Ausstattung der Justiz, die Weiterbildung der Polizei und Präventionsarbeit in Schulen sind Sache der Bundesländer. Unsere Arbeit zahlt sich aus: Mittlerweile sind zahlreiche **Maßnahmen gegen Online-Hass** entstanden – aber längst nicht überall.

Wir wollten Transparenz schaffen. Unterstützt durch die Demokratie-Stiftung Campact haben wir darum gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung eine Studie in Auftrag gegeben. Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) dokumentierte in einem großen Ländervergleich, wer unter den Bundesländern gegen Hate Speech aktiv wird und wer sich zurücklehnt. So tragen wir zum Austausch zwischen Landespolitiker*innen bei – **damit Hass im Netz keine Chance hat.**

Rundfunk: Kein Empfang für die AfD

Tabubruch in Sachsen-Anhalt: Im November drohte die CDU, gemeinsam mit der AfD den bundesweiten Medienstaatsvertrag zu kippen, wenn der Rundfunkbeitrag erhöht würde. Lieber mit den Rechts-

extremen stimmen, als monatlich 86 Cent mehr in die Öffentlich-Rechtlichen zu investieren – so die Haltung der CDU. Ein gefährliches Manöver, denn es normalisiert die Zusammenarbeit mit der AfD. Außerdem folgte die CDU damit der Strategie der extremen Rechten, die unabhängigen Journalismus zerstören will.

Wir schritten ein: Leider konnte unser Appell den **Rundfunk-Vertrag** nicht retten. Doch unsere Aktion hat die öffentliche Empörung über das Handeln der CDU in Sachsen-Anhalt richtig stark gemacht.

Natürlich feierte die AfD es als Erfolg, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geschwächt zu haben. Und trotzdem – unser Protest hat der CDU nur wenige Monate vor der Landtagswahl gezeigt, dass sie nicht ungestraft mit der AfD stimmen kann. Die Umfragewerte machten deutlich: **Wer mit den Rechtsextremen anbandelt, verliert Rückhalt.** Ein wichtiges Signal vor dem Superwahljahr 2021!

Kemmerich-Rücktritt

Geht das überhaupt: In nur sieben Tagen eine Großdemo auf die Beine stellen? Vor den Landtagswahlen in Thüringen im Februar haben wir uns diese Frage nie gestellt. Doch dann ließ sich der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen. Und statt die Wahl nicht anzunehmen und sich von Höcke und Co. zu distanzieren, schaltete Kemmerich auf stur – bevor er sich dann nach massivem Druck zurückzog.

Er hatte wohl nicht mit so viel Gegenwind gerechnet: Vor FDP-Zentralen im ganzen Land trafen sich Menschen und protestierten. Und wir stellten mit



unseren Partner*innen des #unteilbar-Bündnisses die größte Demo auf die Beine, die Erfurt seit Jahrzehnten gesehen hat – binnen einer Woche!

Über 18.000 Menschen strömten auf den Erfurter Domplatz und forderten unter dem Motto **#Nicht-mituns: Kein Pakt mit Faschist*innen, niemals und nirgendwo!** Und auch in Dresden demonstrierten am gleichen Tag Tausende Menschen gegen Rechts. Wir machten klar: Mit der extremen Rechten gibt es keine Zusammenarbeit. Daran werden wir immer wieder erinnern.

Black Lives Matter

Im Mai wurde **George Floyd** in den USA von einem Polizisten brutal getötet. Millionen Menschen auf der ganzen Welt standen auf und protestierten – gegen Rassismus und rassistische Polizeigewalt.

Auch in Deutschland forderten Aktivist*innen: „**Black Lives Matter!**“ Denn Rassismus und Diskriminierung sind auch hier allgegenwärtig.

Wir produzierten **Zehntausende Buttons**, mit denen sich Menschen mit den Betroffenen und den Protesten sichtbar solidarisieren können. 46.000 Anstecker verschickten wir in die ganze Bundesrepublik. Viele Unterstützer*innen spendeten für die Buttons – Geld, das wir an migrantische und anti-rassistische Organisationen weitergegeben haben, um sie bei ihrem Einsatz gegen Diskriminierung und rassistische Strukturen zu stärken.

Zivilgesellschaft ist gemeinnützig

Nach dem **Attac-Urteil des Bundesfinanzhofes** wurde auch Compact 2019 die Gemeinnützigkeit entzogen. Viele Vereine fürchten seitdem, dass es

ihnen ähnlich ergeht: besonders dann, wenn sie sich an politischen Debatten beteiligen. Für sie kann das Urteil existenzbedrohend sein. Beenden könnte diese Zitterpartie eine Reform der Abgabenordnung. Die schien Anfang Dezember im Rahmen des **Jahressteuergesetzes** zum Greifen nah – und scheiterte dann doch am Widerstand der Union.

Die SPD hatte vorgeschlagen, dass Vereine ihre gemeinnützigen Zwecke auch mit politischen Mitteln verfolgen dürfen. Eine Idee, die der Union nicht gefiel. Daraufhin schrieben **Tausende Campact-Unterstützer*innen E-Mails an CDU und CSU** – und rückten so die Situation von engagierten Vereinen in den Mittelpunkt. Doch die Union blieb hart. Die SPD stimmte einem Kompromiss zu, der für die politische Betätigung keine Fortschritte brachte. Viele Organisationen müssen weiterhin um ihre Gemeinnützigkeit bangen.

Wir sind überzeugt: **Eine kritische Zivilgesellschaft macht unsere Demokratie stark**. Deshalb setzen wir uns weiter für eine Reform der Abgabenordnung ein! Auch in Zukunft mischen wir uns mit Bündnis- und Netzwerkarbeit, Gesprächen mit den entscheidenden Politiker*innen oder der Finanzierung von Studien oder Gutachten in die Debatte ein.

Solidarität ins Gesicht geschrieben

Frühjahr 2020, in den Medien gibt es nur ein Thema: Corona. Zwischen R-Wert und Abstandsregel schaut niemand auf die EU-Außengrenzen. **Zehntausende Geflüchtete harren in Lagern aus, auf engstem Raum** – in Furcht vor dem tödlichen Virus und ohne Perspektive.

Während die Bundeskanzlerin die Deutschen im Fernsehen auf Solidarität ein schwört, begegnet sie den vor Krieg und Vertreibung geflohenen Men-

schen mit brutaler Härte: Die europäischen Staaten und Deutschland könnten helfen, doch sie machen die Grenzen für Geflüchtete dicht, schotten sich ab.

Und dann passiert etwas, das Mut macht: Unter dem Hashtag „**LeaveNoOneBehind**“ regt sich Widerstand. Erst in den sozialen Medien, dann auf Transparenten, mit Kreide auf die Straße gemalt, in unzähligen Fenstern. Weil Demos nicht möglich sind, wird der Protest eben anders sichtbar. **Campact druckt ihn auf Mund-Nasen-Masken**. Und dank Zehntausender Campact-Unterstützer*innen verbreitet sich die Solidaritäts-Botschaft überall im Land: „Schutz – auch für Geflüchtete!“



13.000 Stühle vor dem Reichstag –
leider sind sie leer (Berlin, 7.9.)



Wir haben Platz

13.000 leere Stühle vorm Reichstag in Berlin: so werden die Abgeordneten nach der Sommerpause bei ihrer Rückkehr in den Bundestag begrüßt.

Jeder einzelne Stuhl steht für einen Menschen, der vor Krieg und Gewalt geflüchtet ist – und unter menschenunwürdigen Bedingungen im ehemaligen Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ausharren muss. Und: Jeder Stuhl signalisiert die Aufnahmebereitschaft der Zivilgesellschaft. Hunderte Städte und Kommunen in Deutschland haben sich zu „sicheren Häfen“ erklärt.

Zu einer Zeit, als Großdemonstrationen wegen der Corona-Pandemie nicht möglich sind, macht ein Bündnis aus Seebrücke, Sea-Watch, #LeaveNo-

OneBehind und Campact so auf die Not an der EU-Grenze aufmerksam und fordert die Evakuierung der Lager. Die eindrücklichen Bilder laufen um 20 Uhr in der Tagesschau – und werden für Millionen Menschen sichtbar. Unter dem Motto „Wir haben Platz“ setzte das Bündnis ein Zeichen für Menschlichkeit und ein Ende der Abschottungspolitik.

Lobby-Transparenz

Luxusreisen, Aktienoptionen und ein Direktorenposten: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor manövrierte sich im Juni in einen Skandal – weil er für eine dubiose Softwarefirma lobbyiert hat.

Für über 178.000 Menschen war klar: Wir brauchen endlich ein Lobbyregister! CDU und CSU

haben das jahrelang verhindert, genau wie die Offenlegung aller Nebeneinkünfte von Abgeordneten und einen Lobby-Fußabdruck bei der Gesetzgebung.

Wir nutzten den **Amthor-Skandal**, um die Union zum Einlenken zu bewegen. In den Wahlkreisen der entscheidenden Abgeordneten schalteten wir Anzeigen in Lokalzeitungen. Und Tausende Campact-Unterstützer*innen schrieben E-Mails an ihre Unions-Bundestagsabgeordneten. Die Botschaft: Keine halben Sachen bei der Lobby-Transparenz!

Unser Einsatz zeigte Wirkung. Union und SPD beschlossen im März ein verpflichtendes Lobbyregister für Bundestag und Regierung. Ein wichtiger Schritt, doch das Register hat noch zu viele Lücken. Als Reaktion auf Masken-Korruption und Aserbaidschan-Affären gab die Union inzwischen auch bei der Veröffentlichung von Aktienoptionen und Nebeneinkünften nach. Unsere nächste Forderung ist ein Lobby-Fußabdruck bei der Gesetzgebung – wir bleiben weiter dran!

Soziale Gerechtigkeit

Klinikpersonal

Lange Schichten, zu wenig Schutzausrüstung und die ständige Angst vor Ansteckung: **In der Corona-Pandemie leistet das Klinikpersonal Übermenschliches.** Dabei waren viele Krankenhäuser schon vorher unterbesetzt – mit steigenden Corona-Infektionen wurde die Lage der Pflegekräfte und Ärzt*innen dramatisch.

Für uns war klar: Das Klinikpersonal verdient mehr als ein Dankeschön, nämlich einen **monatlichen Zuschlag für den harten Krisen-Job.** Über 301.000 Menschen stellten sich mit einem Compact-Appell hinter die Gesundheitsarbeiter*innen. Unsere Forderung platzierten wir dann mit einer großen Anzeige in der FAZ. Unübersehbar, auch für Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU).

Der zierte sich erst monatelang – dann zahlte die Bundesregierung doch eine Gefahrenzulage von 1.000 Euro. Doch der Topf für den Zuschlag war schnell leer; viele Mitarbeiter*innen bekamen nichts. Den zweiten Zuschuss über 1.500 Euro sollen endlich alle erhalten. Eine Verbesserung, die wir durch den monatelangen Einsatz für das Klinikpersonal ermöglichen konnten.

Offener Brief: Verhindert die dritte Welle!

Alle Expert*innen hatten davor gewarnt, doch die Politik handelte nicht: Im Herbst 2020 gingen die Corona-Infektionszahlen stark nach oben. Zögerliche Maßnahmen zur Kontaktvermeidung und unzureichende Hygienekonzepte in Schulen und an Arbeitsstellen führten in den zweiten Lockdown. **Statt mit Weitblick zu agieren, gab es bei den Treffen der Länderchef*innen oft nur Zank und Profilierung.**

In einem offenen Brief haben wir deshalb **eine vorausschauende Strategie** eingefordert, um die dritte Welle zu verhindern. Dank der Compact-Unterstützer*innen haben wir den Brief am Tag einer Ministerpräsident*innenkonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel in der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen und der taz platziert – so konnten ihn die Politiker*innen direkt am Frühstückstisch oder auf dem Weg zum Corona-Gipfel lesen.

Corona-Dossier

Ob im Familienchat, auf Facebook oder im Freundeskreis: überall verbreiten sich **Falschmeldungen zur Pandemie.** Das Corona-Dossier der Tageszeitung taz hat mit den gängigen Falschmeldungen aufgeräumt – und wertvolle Argumente geliefert. Wir haben eine Faktenoffensive gestartet und das Dossier zum kostenlosen Bestellen angeboten. Die Resonanz war riesig, **über 200.000 Dossiers durften wir ins ganze Land verschicken.**

Am Küchentisch oder bei der Arbeit – in unzähligen Gesprächen haben Compact-Unterstützer*innen so über Corona aufgeklärt. Wichtiges Engagement, denn Falschmeldungen zur Pandemie verunsichern viele Menschen. Das führt zu Unverständnis und dazu, dass Regeln missachtet werden. Mit tödlichen Folgen. Denn bei jeder neuen Corona-Welle müssen wir um weitere Tote trauern. Nie war es also wichtiger, Falschmeldungen und Fakten zu trennen. Gemeinsam haben wir als Bürgerbewegung hier einen wichtigen Beitrag geleistet!

Steuergerechtigkeit

Steuertricks

Konzerne wie Amazon, Google oder Facebook zahlen in Europa bislang kaum Steuern – und das, obwohl sie hier riesige Gewinne machen. Allein Deutschland gingen so in den letzten zehn Jahren bis zu **300 Milliarden Euro** an Steuereinnahmen verloren.

Wahnsinnig unfair, fanden die über 230.000 Menschen, die den Compact-Appell gegen die **Steuertricks der Konzerne** unterzeichneten. Die deutsche Bundesregierung blockiert mehr Steuergerechtigkeit seit Jahren. Dabei lag ein EU-Gesetz schon bereit: es soll Konzerne zwingen zu veröffentlichen, in welchen Ländern sie wie viel Steuern zahlen. Deutschland hätte es als EU-Ratspräsident zur Abstimmung bringen können, doch Wirtschaftsminister Altmaier (CDU) blockierte.

Wir übergaben die Unterschriften an SPD-Chef Norbert Walter-Borjans und Justizministerin Christine Lambrecht (SPD). Beide setzten sich für mehr Steuertransparenz ein, konnten sich aber nicht gegen Altmaier durchsetzen. Am Ende war seine Blockade erfolglos: Im Februar beschloss die EU nun doch mehr Steuertransparenz für Konzerne, unter dem Vorsitz von Portugal. Jetzt müssen sich Rat und Parlament noch einigen. Wir schauen genau hin und bleiben dran.

Staatshilfen und Rettungsgelder

Übergroße Papierflieger aus Geldscheinen gleiten vorm Kanzleramt durch die Luft – zielsicher wirft unsere Pappmaché-Kanzlerin sie in einen großen Lufthansa-Koffer. Mit dieser Aktion haben wir im Mai gegen das **Corona-Rettungspaket für die Lufthansa** protestiert. Der Skandal: Die Gelder wurden



Appellübergabe in Corona-Zeiten: Justizministerin Lambrecht nimmt über 200.000 Unterschriften entgegen (Berlin, 20.11.)

völlig ohne Auflagen an Klimaschutz oder Steuertransparenz bewilligt – obwohl es um neun Milliarden Euro ging!

Dabei wären solche Auflagen dringend nötig gewesen. Schließlich stößt die Lufthansa jedes Jahr 33 Millionen Tonnen CO₂ aus und vermindert Steuerzahlungen in Deutschland durch Tochterfirmen in

Steuerparadiesen wie Malta. Fast 300.000 Menschen haben unseren Appell gegen die bedingungslosen Steuermilliarden unterzeichnet. Damit haben wir gemeinsam deutlich gemacht: Staatshilfen müssen dem Gemeinwohl dienen und nachhaltig eingesetzt werden. Das werden wir auch in Zukunft immer wieder einfordern!



9 Milliarden für die Lufthansa – ganz ohne Auflagen zu Steuertransparenz und Klimaschutz? (Berlin, 27.5.)

Campact-Podcast „Theory of Change“

Dafür ist Campact bekannt: pointierte und schlagkräftige Slogans, die unsere Forderungen direkt in die Medien und Köpfe der Politiker*innen bringen – je kürzer, desto eingängiger.

Der neue Campact-Podcast füllt, was dabei manchmal offen bleibt. In „Theory of Change“ nehmen sich die Kampagnen-Teamleiter*innen Katrin Beushausen und Chris Methmann Zeit, die langfristige Strategie hinter unseren Blitzaktionen zu erklären. Sie erläutern die Analysen, die hinter den Campact-Slogans stecken und diskutieren, wie wir als Bürgerbewegung Politik am effektivsten bewegen können.

Der Podcast erscheint monatlich und liefert in 30 bis 45 Minuten **kompakte Hintergrundinformationen aus dem gesamten Campact-Themenspektrum**. So beleuchteten wir etwa, was die Proteste gegen die Autobahn am Dannenröder Wald gebracht haben, sprachen über die Agrarlobby und die Förder-Milliarden der EU und diskutierten, wie wir rechtsextreme Politiker*innen stoppen können. Der Podcast schaut dabei weit über Campact hinaus auf die gesamte Umwelt-, Agrar- und Demokratiebewegung.

WeAct

Mit WeAct selbst Politik bewegen

Mit der Campact-Petitionsplattform WeAct können Bürger*innen selbst für eine soziale, ökologische und offene Gesellschaft streiten. **Im Jahr 2020 haben Menschen aus ganz Deutschland 1.424 Petitionen auf WeAct eingestellt – und dafür insgesamt 2,95 Millionen Unterschriften gesammelt.** Das zeigt: Viele Menschen wollen unsere Demokratie mitgestalten und etwas verändern.

WeAct lädt dazu ein, sich einzumischen. Dafür stellt Campact nicht nur die technischen Mittel zur Verfügung, sondern auch die geballte Kraft der Campact-Bewegung: Das WeAct-Team berät beim Schreiben von Petitionen, bei der Kampagnenstrategie und wenn es darum geht, Entscheidungsträger*innen mit politischen Forderungen zu konfrontieren. Unterstützt werden die WeAct-Kampagnen außerdem von

den vielen Menschen, die Petitionen unterzeichnen und sich an Aktionen beteiligen. WeAct ist wie Campact – nur zum Selbermachen!

Bei WeAct sind die Petent*innen von Anfang an am Zug. Manchmal sind sie ganz nah dran an den Problemen, zu denen sie eine Petition starten: Eine Frau, die von einem abbiegenden LKW überrollt wurde und sich jetzt für die Einführung von Abbiege-Assistenten einsetzt. Der Solarenergie-Förderverein, der gegen die unsinnige Abschaltung alter Solaranlagen streitet. Oder die zwei jungen Frauen, die für das Retten von Lebensmitteln verurteilt wurden – und nun für die Legalisierung von „Containern“ kämpfen. Sie alle können auf WeAct ihre Anliegen vertreten und so gemeinsam mit Campact Politik bewegen.

Plastikmüll-Exporte

Eine Million Tonnen: so viel Plastikmüll verschifft Deutschland jährlich ins Ausland. In der Statistik gilt der als recycelt – dabei landet er in Malaysia oder Indonesien auf riesigen Müllhalden und schadet dort Mensch und Umwelt. Ein Skandal, fand der Student Max Hoffschmidt. Er startete eine Petition auf WeAct und forderte Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) auf: Deutschland muss den Plastikexport stoppen!

Fast 160.000 Unterstützer*innen haben seine Petition mittlerweile unterzeichnet. Im März reiste Max Hoffschmidt dann nach Berlin, um Ministerin Schulze die Unterschriften zu überreichen. Vor dem

Umweltministerium startete er gemeinsam mit anderen Aktivist*innen eine bunte Aktion. Die Botschaft: **Unser Abfall, unsere Verantwortung!**

Und sie wurde gehört. Ministerin Schulze kam persönlich heraus, nahm die Petition entgegen und unterhielt sich mit Max über das Plastikproblem. Seitdem gibt es kleine Fortschritte. Im Dezember entschied die EU, dass ab 2021 nur noch sortierter und sauberer Plastikmüll zum Recycling verschifft werden darf. Aber Max ist noch nicht am Ziel – denn was mit dem Müll in den Empfängerländern passiert, ist weiter ungewiss. Er bleibt dran, bis Deutschland den Plastikexport in den Globalen Süden komplett stoppt.



Über 150.000 Unterschriften: Die Petition von Max macht Eindruck bei Umweltministerin Schulze (Berlin, 2.3.)

Blutspenden

Mit der Corona-Pandemie wurden die Blutreserven knapp. Umso unverständlicher, dass bi- und homosexuelle Männer kein Blut spenden dürfen – es sei denn, sie verzichten zwölf Monate lang auf Sex. Medizinisch begründet ist das nicht: Immer mehr Staaten führen diskriminierungsfreie Regeln ein, ohne dass die Sicherheit der Blutspenden beeinträchtigt wird.

Andy Szabó will etwas gegen die Diskriminierung tun: „Mein Mann und ich dürfen beide kein Blut spenden: nur weil wir schwul sind! Dabei sind wir seit über 17 Jahren in einer monogamen Beziehung und völlig gesund.“ Deshalb hat er eine Petition auf WeAct gestartet – die schon mehr als 75.000 Menschen unterzeichnet haben.

Im Juni stand Andy Szabó mit einem zwei Meter großen Blutstropfen vor der Bundesärztekammer, die über die Blutspende-Richtlinie mitentscheidet, und übergab die Unterschriften. Immer wieder mobilisiert er seine Unterzeichner*innen zu Social-Media-Aktionen. WeAct unterstützt ihn dabei und macht in den sozialen Netzwerken auf die Diskriminierung aufmerksam.

Im September hat Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) eine Neubewertung der aktuellen Blutspende-Regeln initiiert, seit November 2020 läuft das Verfahren in der zuständigen Arbeitsgruppe. Andy Szabó will weitermachen, bis endlich alle gesunden Menschen helfen dürfen – egal, wen sie lieben.



Blut ist Blut – Andy Szabó macht sich gegen Diskriminierung beim Blutspenden stark (Berlin, 15.6.)

Einsatz für Demokratie: Compact als Gesellschafter in der HateAid gGmbH

Beleidigt, verleumdet, bedroht: Hass im Internet hat System. **Vor allem rechte Gruppen beleidigen und erniedrigen Menschen gezielt** – wollen sie einschüchtern und mundtot machen. Hate Speech ist nicht nur eine Form psychischer Gewalt. Wenn Menschen sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen, ist das auch eine echte Gefahr für die Demokratie.

Seit 2019 gibt es eine Organisation, die aktiv gegen digitalen Hass arbeitet: HateAid. Um den freien Meinungs Austausch und konstruktive Debatten im Internet zu schützen, hat Compact e.V. zusammen mit Fearless Democracy die HateAid gGmbH gegründet und ist Mitgesellschafter. Die

junge Organisation unterstützt Menschen, die von Hass im Netz betroffen sind. Das Angebot reicht von der Beratung bis hin zur Begleitung bei Gerichtsprozessen – dabei konnte HateAid bereits wichtige Erfolge verzeichnen.

Für die Zukunft hat sich die Organisation viel vorgenommen. Neben der Unterstützung von Betroffenen soll noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. Die Demokratie-Stiftung Compact unterstützt HateAid dabei finanziell. Das gemeinsame Ziel: einer breiten Öffentlichkeit klar machen, was Hass im Netz anrichtet und zeigen, was jede*r Einzelne gegen ihn tun kann.

Finanzen



Engagement durch Spenden

Ob mit einer Unterschrift, Engagement vor Ort oder als Helfer*in auf einer Demo: Bei Compact bringt sich jede*r nach den eigenen Möglichkeiten ein. Manche leiten unsere Aktionen im Netz an ihre Bekannten weiter. Andere unterstützen Compact finanziell. Alles zusammen macht die Kraft unserer Bürgerbewegung aus.

Das finanzielle Engagement der Spender*innen und Förder*innen bildet das Fundament von Compact: Ihre Unterstützung gibt uns Kraft für kontroverse Themen, Ausdauer für langfristige Ziele und macht uns unabhängig von Parteien oder öffentlichen Institutionen. Diesem Engagement gilt unser besonderes Dankeschön.

Mit starken Aktionsbildern schaffen wir Aufmerksamkeit. Danke an all unsere Unterstützer*innen! (Berlin, 3.6.)



Die Bürgerbewegung Compact besteht aus dem eingetragenen Verein Compact und der Demokratie-Stiftung Compact. Die folgenden Zahlen beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, immer auf beide Körperschaften. Separate Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Bilanzen finden Sie am Ende des Kapitels auf den Seiten 62 bis 70.

Einnahmen

Compact erzielte im Jahr 2020 Einnahmen in Höhe von 13,7 Millionen Euro. Davon stammen 65 Prozent aus regelmäßigen Förderbeiträgen, 25,3 Prozent aus zweckgebundenen Kampagnen- und Projektspenden, 7,2 Prozent aus freien Spenden und 2,5 Prozent aus sonstigen Einnahmen und Nachlassspenden.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte Compact die Erträge erheblich steigern und viele wichtige Kampagnen anstoßen – trotz erschwerter Bedingungen unter

Corona. Die Förderbeiträge stiegen um 1,26 Millionen Euro und die zweckgebundenen Spenden um rund 51.000 Euro. Die freien Spenden sanken hingegen um rund 265.000 Euro und sind damit wieder knapp unter eine Million Euro.

Die Gesamteinnahmen von Verein und Stiftung lagen bei rund 13,7 Millionen Euro. Im Vergleich zum Vorjahreswert von 12,6 Millionen Euro ist dies ein Zuwachs von etwa 1,1 Millionen Euro.

¹ Sonstige Einnahmen sind u.a. durch Auflösungen von Rückstellungen und Zuwendungen von anderen Organisationen entstanden. Die ClimateWorks Foundation unter-

stützte Compact im Jahr 2020 mit einer Förderung in Höhe von 157.139 Euro, um die Klima- und Anti-Kohle-Bewegung in Deutschland zu stärken.

Einnahmen 2020 im Überblick

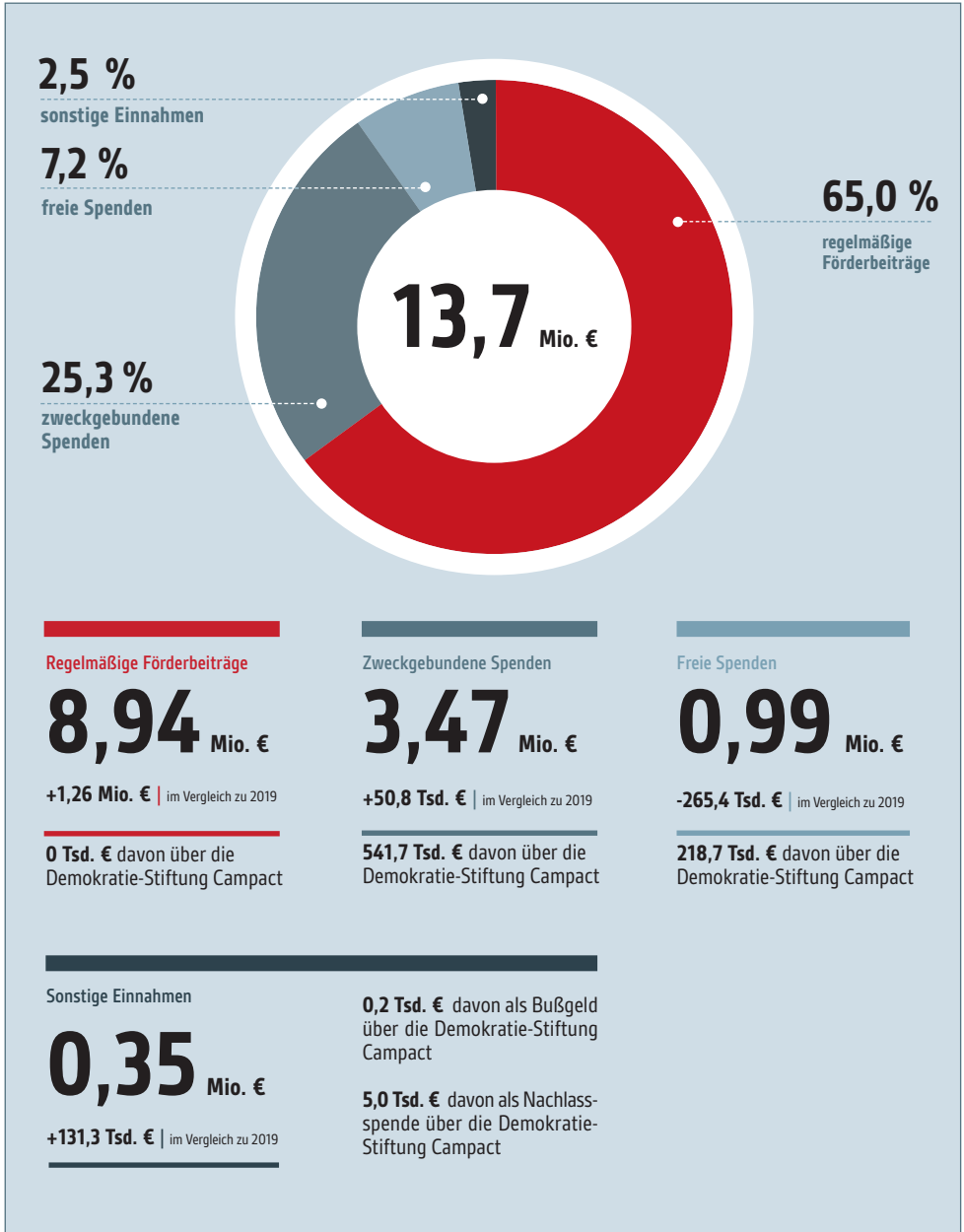


Abbildung 1

Entwicklung der Einnahmen in den vergangenen fünf Jahren (in Mio. €)

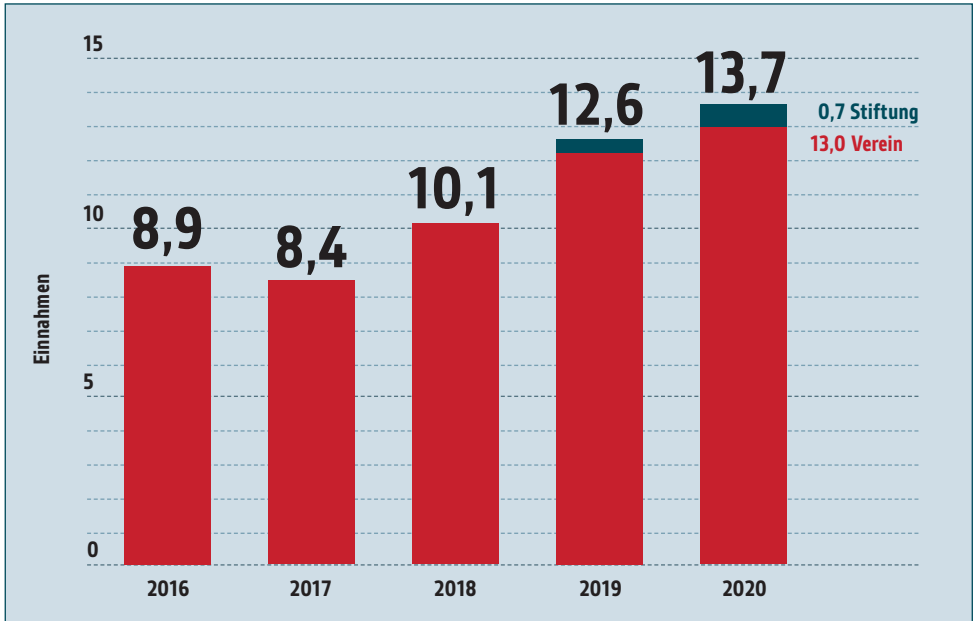


Abbildung 2

Einnahmen nach Kampagnen und Projekten (in Tsd. €)

Kampagne/Projekt	Gesamt	Verein	Stiftung
Klimaschutz und Energiepolitik	943	673	270
Ökologische Agrarpolitik	698	607	91
Verkehrspolitik	537	537	0
Steuergerechtigkeit	460	360	100
Gesundheitspolitik	312	312	0
Soziale Gerechtigkeit	224	224	0
Geschlechtergerechtigkeit	154	154	0
Verfolgte und Geflüchtete	80	0	80
Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus	43	43	0
Faire Handelspolitik	25	25	0
Gesamt	3.476	2.935	541

Tabelle 1

Partizipative Schwarmfinanzierung bei Campact

Als Bürgerbewegung setzt Campact auf partizipative Schwarmfinanzierung. Zehntausende Förder*innen und Spender*innen sichern die Unabhängigkeit und Stärke von Campact.

Ende 2020 förderten 84.294 Menschen Campact mit einem durchschnittlichen Monatsbeitrag von 9,39 Euro. Ende 2019 waren es 79.127. Das entspricht einem Wachstum von rund 6,5 Prozent. Diese Einnahmen geben unserer Bürgerbewegung Planungssicherheit und ermöglichen es Campact, blitzschnell Kampagnen zu starten und langfristig an einem politischen Thema dranzubleiben.

Darüber hinaus haben 106.728 Menschen im Jahr 2020 zweckgebunden für Kampagnen und Projekte gespendet und freie Spenden getätigt. 95 Prozent der Menschen, die den Verein oder die Stiftung finanziell unterstützten, haben im gesamten Jahr bis zu 200 Euro an Campact gegeben. Nur acht natürliche Personen haben 5.000 Euro und mehr an den Verein und die Stiftung gespendet. Drei juristische Personen haben 5.000 Euro und mehr an die Demokratie-Stiftung gespendet – zwei Stiftungen und der Campact e.V. selbst.

Jahressummen der Campact-Förder*innen und -Spender*innen im Jahr 2020

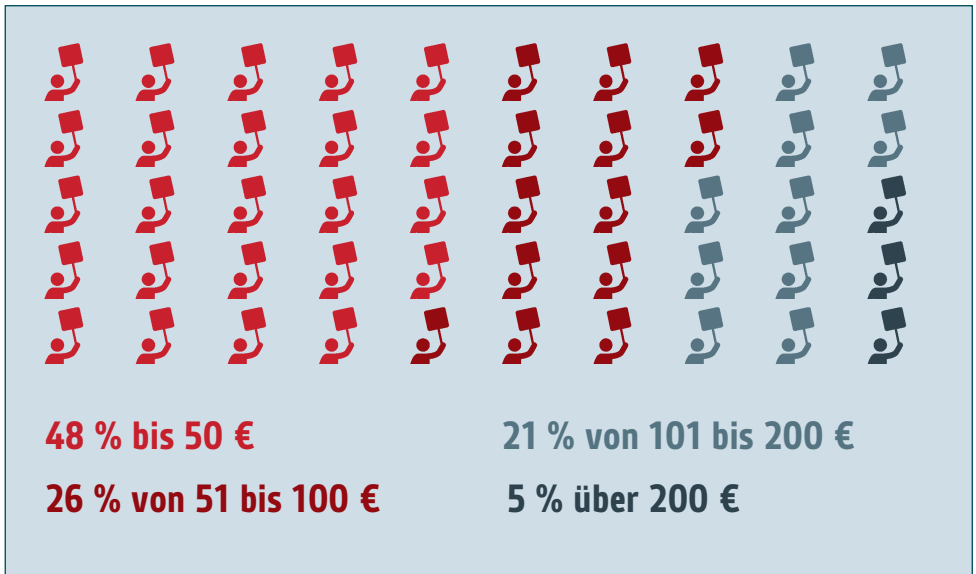


Abbildung 3

Die Mehrheit der Spenden über 500 Euro (52 Prozent) ging 2020 an die Demokratie-Stiftung Campact. Anders als der Verein kann die Stiftung als gemeinnützig anerkannte Organisation Spendenbescheinigungen ausstellen und ist von der Schenkungs- und Erbschaftssteuer befreit. Hohe Spenden an den Verein – wie beispielsweise Testaments- und Nachlassspenden – unterliegen hin-

gegen der Erbschafts- und Schenkungssteuer und werden bei der Überschreitung des Freibetrags von 20.000 Euro um 30 oder sogar 50 Prozent geschmälert. Deshalb wählen Spender*innen, die größere Beträge an unsere Bürgerbewegung geben wollen, prioritär die Demokratie-Stiftung Campact für ihre Spenden.

Verteilung hoher Spenden 2020 nach Körperschaft

Stiftung ■ Verein ■

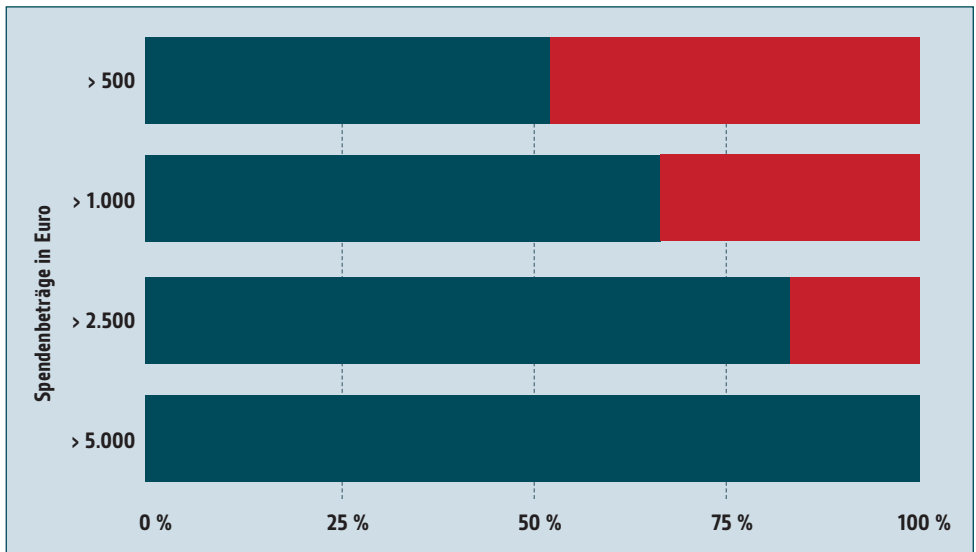


Abbildung 4

Ausgaben

Im Jahr 2020 gab Campact 12,5 Millionen Euro aus. Das waren 1,4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. In erster Linie hat Campact deutlich mehr Geld für Kampagnen und Projekte ausgegeben – 1,2 Millionen Euro mehr als 2019. Auch die Ausgaben für die Petitionsplattform WeAct sind leicht gestiegen. Für die Kampagnen-Infrastruktur waren

hingegen weniger Ausgaben notwendig. Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit und das Fundraising sind um rund 464.000 Euro gestiegen. Dies hing vor allem mit dem Aufbau des Programms der Demokratie-Stiftung Campact zum Thema gemeinnütziges Vererben, aber auch mit dem personellen Wachstum des Teams zusammen.

Ausgaben 2020 im Überblick

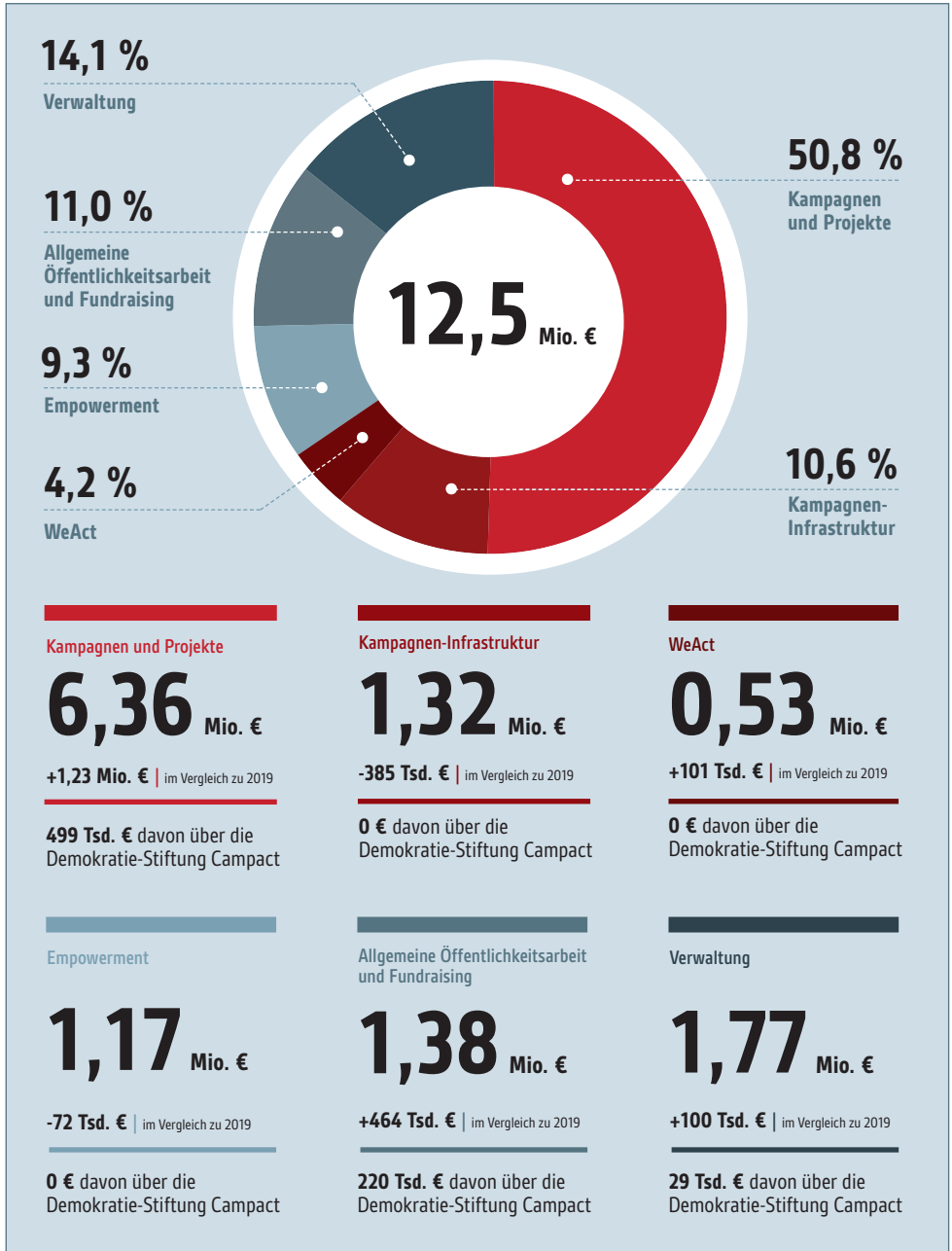


Abbildung 5

Entwicklung der Ausgaben in den vergangenen fünf Jahren (in Mio. €)

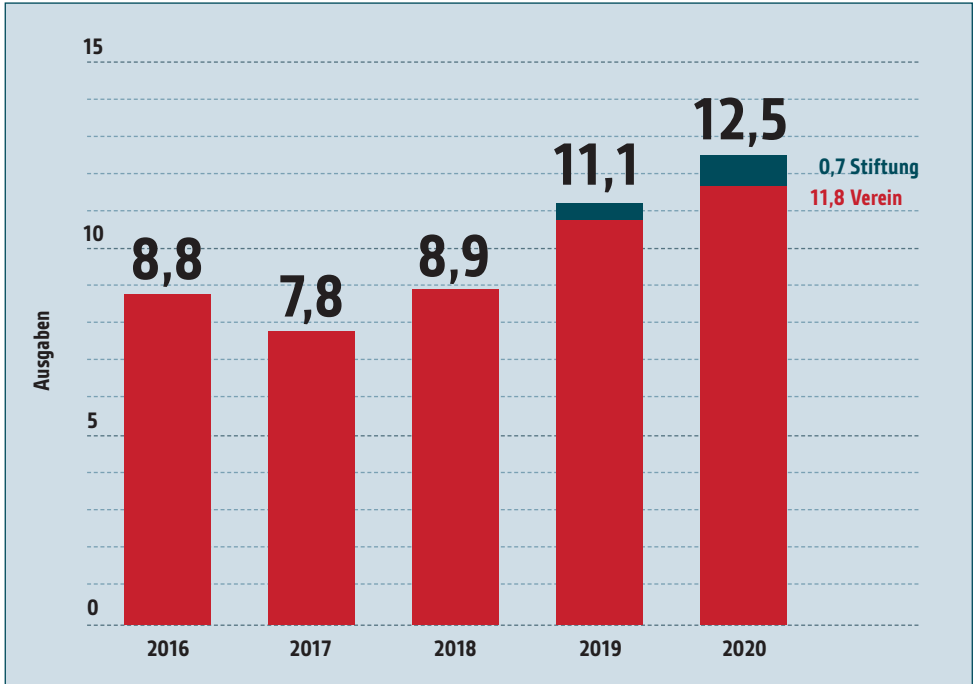


Abbildung 6

Detaillierte Erläuterungen zu den Ausgaben

Kampagnen und Projekte

Der größte Teil der Campact-Ausgaben floss mit rund 6,4 Millionen Euro in Kampagnen und Projekte. Diese Summe umfasst die Personal- sowie die Sachkosten, die für die Umsetzung der Kampagnenarbeit notwendig sind. Insgesamt entspricht das 50,8 Prozent des Gesamthaushaltes.

Der Bereich Klimaschutz und Energiepolitik bildete wie 2019 erneut den Schwerpunkt der Ausgaben. Für Kampagnen rund um die Klimastreiks, den Kohleausstieg und Klimaschutz gab Campact über 1,4 Millionen Euro aus. Mit weiteren 1,26 Millionen Euro

engagierte Campact sich gegen Hate Speech, Rassismus und Rechtspopulismus. Zudem für eine Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts und mehr Lobbytransparenz. Im Fokus standen außerdem die Kampagnen zur ökologischen Agrarpolitik – insbesondere gegen glyphosathaltige Pestizide und für Tierwohl – sowie Kampagnen für mehr soziale Gerechtigkeit.

Welche Ausgaben anfallen, hängt von der jeweiligen Kampagne ab. In der Vorbereitungsphase entstehen oft Kosten für Recherchen, Umfragen oder die Suche nach Kooperationspartner*innen. Während einer

Kampagne fließen die Spenden zum Beispiel in Zeitungsanzeigen, Großplakate oder Politiker*innen-Masken. Besonders kostenintensiv sind Großveranstaltungen wie Demonstrationen. Neben technischen Anlagen und Werbung sind sie mit einem hohen or-

ganisatorischen und personellen Aufwand verbunden. Zwar gab es wegen der Corona-Pandemie in 2020 deutlich weniger Großveranstaltungen als in den Vorjahren, diese waren aufgrund der Hygiene- und Sicherheitsvorkehrungen jedoch teurer.

Ausgaben nach Kampagnen und Projekten (in Tsd. €)

Kampagne/Projekt	Gesamt	Verein	Stiftung
Klimaschutz und Energiepolitik	1.449	1.300	149
Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus	1.264	1.109	155
Ökologische Agrarpolitik	1.195	1.195	0
Verfolgte und Geflüchtete	545	445	100
Verkehrspolitik	419	419	0
Gesundheitspolitik	350	350	0
Soziale Gerechtigkeit	265	265	0
Faire Handelspolitik und internationale Politik	253	253	0
Identifizierung von Themen	206	206	0
Sonstiges	159	144	15
Steuergerechtigkeit	151	151	0
Geschlechtergerechtigkeit	80	0	80
Datenschutz	26	26	0
Gesamt	6.362	5.863	499

Tabelle 2

Kampagnen-Infrastruktur

Eine zuverlässige Software- und Hardware-Infrastruktur ist eine Kernanforderung für die Arbeit von Campact. Kosten entstehen beispielsweise für den sicheren Betrieb und die Administration unserer Website, den Versand von E-Mails und die Weiterentwicklung der Software, über die Appelle gestartet und unterzeichnet werden.

Im Jahr 2020 investierte Campact rund 1,3 Millionen Euro in den Ausbau, Betrieb und die Sicherheit der Kampagnen-Infrastruktur.

WeAct

Campact will Bürger*innen dazu befähigen, selbst eigene Kampagnen zu starten. Mit der Petitionsplattform WeAct gibt Campact Menschen ein Werkzeug in die Hand, selbst den Wandel anzustoßen, den sie sich wünschen. Unterstützt werden sie dabei vom siebenköpfigen WeAct-Team, das Themen recherchiert, beim Texten von Petitionen unterstützt und bei der Entwicklung einer Kampagnenstrategie berät.

Die Finanzierung von WeAct kostete Campact 2020 um die 526.000 Euro.

Empowerment

Wissen austauschen über Ländergrenzen hinweg, Expertise teilen und gemeinsam progressiven Wandel vorantreiben: Campact unterstützt seit Jahren andere progressive Organisationen und Kampagnen. Mit dem Ziel, zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu „empowern“ – also zu ermächtigen, ihre Interessen selbstbestimmt zu vertreten. Campact macht das durch Wissenstransfer und finanzielle Unterstützung.

Campact ist Mitglied des Online Progressive Engagement Network (OPEN). Einem weltweiten Netzwerk aus Organisationen, das für progressive Politik streitet: über Online-Appelle und Offline-Aktionen.

Campact profitiert von diesem Netzwerk durch einen regen Wissensaustausch. Im Gegenzug unterstützt Campact den Aufbau von weiteren progressiven Organisationen im Ausland. In der Tabelle 10 im Anhang des Transparenzberichts sind alle OPEN-Organisationen aufgelistet, die von Campact 2020 finanzielle Mittel erhalten haben.

Campact hat sich an der Gründung der Organisation HateAid gGmbH, die Betroffene von digitaler Gewalt unterstützt, beteiligt. Als Gesellschafter finanziert Campact den fortlaufenden Betrieb über Spenden mit.

Im Jahr 2020 förderte Campact die Arbeit anderer Organisationen mit rund 1,2 Millionen Euro.

Verwaltung

Verwaltungskosten entstehen durch Personalkosten für Buchhaltung und Geschäftsführung sowie Miete, Versicherungen, Personalwesen und externe Beratungen. Campact versucht, diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Komplexe Arbeitsprozesse in einer wachsenden Organisation erfordern allerdings eine funktionierende Administration. Finanzielle Investitionen in die Verwaltung sind daher eine notwendige Bedingung für den Erfolg der Kampagnenarbeit. Die Verwaltungsaufgaben der Demokratie-Stiftung Campact werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Mitarbeiter*innen von Campact e.V. getätigt, der Vorstand und der Stiftungsrat arbeiten ehrenamtlich für die Demokratie-Stiftung Campact.

Im Jahr 2020 entstanden Kosten in Höhe von rund 1,8 Millionen Euro. Damit sind die Verwaltungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gestiegen. Da das Compact-Team 2020 erneut gewachsen ist, entstanden so auch zusätzliche Kosten durch Einstellungs- und Bewerbungsverfahren.

Im Jahr 2020 betragen die Kosten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fundraising insgesamt rund 1,4 Euro. Das hing vor allem mit dem Aufbau des Programms der Demokratie-Stiftung Compact zum Thema gemeinnütziges Vererben, aber auch mit dem personellen Wachstum des Teams zusammen.

Allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Fundraising

Für die allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit fallen Ausgaben für Personal- und Sachkosten an. Compact beschäftigte 2020 eine Pressesprecherin und eine Pressevolontärin.

Das siebenköpfige Fundraising-Team, darunter eine Teamleitung, wirbt Spenden und Förderungen kosteneffizient und ethisch ein, bearbeitet Anliegen von Spender*innen und Förder*innen und kommuniziert die Verwendung der Spenden – wie mit der regelmäßigen Förder- und Spenden-Info sowie dem jährlichen Transparenzbericht. Auch die Beantwortung von Anfragen und die Verbuchung eingehender Spenden durch ein Buchhaltungsbüro fallen in diesen Bereich.

Gehaltsstruktur bei Campact

Campact e.V. hatte im Jahr 2020 insgesamt 82 Mitarbeiter*innen fest eingestellt. Das entspricht 76 Mitarbeiter*innen in Vollzeit. Die Campact-Mitarbeiter*innen gehören je nach Aufgabenbereich einem von zehn Teams an, die jeweils von einer Teamleitung geführt werden. Ausnahme hiervon ist die Pressestelle sowie die Geschäftsführung. Die Demokratie-Stiftung Campact hingegen hat keine eigenen Mitarbeiter*innen: Verwaltungsaufgaben werden von Mitarbeiter*innen des Vereins getätigt. Der Vorstand und der Stiftungsrat arbeiten ehrenamtlich.

Im Jahr 2020 gab Campact rund fünf Millionen Euro für Personal aus. Das sind rund 720.000 Euro mehr als im Vorjahr. Ursachen hierfür sind die Anstellung von zusätzlichen Mitarbeiter*innen und Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst. Campact orientiert sich an den Entgeltgruppen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst. Durch faire Bezahlung und eine geringe Lohnspreizung gelingt es Campact, hochqualifiziertes und motiviertes Personal zu finden und trotz einer hohen Arbeitsbelastung dauerhaft im Team zu halten.

Berufliches Engagement und Familienleben vereinbaren zu können, ist eines der Ziele der Personalpolitik von Campact. Deswegen ermöglicht Campact Teilzeitmodelle

und flexible Arbeitszeiten für Mitarbeiter*innen mit kleinen Kindern. Darüber hinaus bezahlt Campact Beschäftigten mit Kindern einen Gehaltszuschlag. Dieser ist gestaffelt nach Umfang der vertraglichen Arbeitszeit und Anzahl der Kinder. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden waren das 2020 bei einem Kind beispielsweise 399 Euro pro Monat.

Wer sich noch vor oder in einem Studium befindet, kann bei Campact ein Praktikum oder Freiwilliges Soziales Jahr Politik (FSJ) absolvieren. Praktikant*innen erhalten eine Vergütung von 670 Euro im Monat. Der Stundenlohn von Werkstudent*innen beträgt 14,50 Euro.

Campact hat seit 2012 einen Betriebsrat. Dieser wurde 2018 neu gewählt und besteht aus fünf Mitarbeiter*innen. Sie vertreten die Interessen der Beschäftigten und sind Ansprechpartner*innen für die Geschäftsführung.

Ein gesundes und motivierendes Arbeitsumfeld ist Campact sehr wichtig. Ausführliche Informationen über Campact als Arbeitgeber finden Sie auf den Seiten 9–10.

Monatliche Bruttogehälter bei Campact (in €)

Aufgabe	von	bis
Organisationsaufgaben	3.264	4.795
Campaigning, Redaktion, Fundraising, Technik	4.056	5.640
Teamleitung	5.091	6.008
Geschäftsführung	6.921	6.921

Die Angaben beinhalten keine Gehaltszuschläge für Beschäftigte mit Kindern.

Tabelle 3

Weitergabe von Mitteln an andere Körperschaften

Campact gibt finanzielle Mittel an andere Körperschaften weiter. Dafür gibt es drei Gründe:

- Eines der Ziele von Campact ist es, andere Bewegungsorganisationen zu stärken (empowern). 2020 waren das unter anderem: Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ e.V., codetek e.V. (ehemals DetektivKollektiv), WeMove Europe gGmbH, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) und FAIR SHARE of Women Leaders e.V. Darüber hinaus unterstützte Campact mit über 490.000 Euro den Aufbau von Organisationen, die sich über OPEN (Online Progressive Engagement Network) vernetzen.

- Zweckgebundene Spendenmittel, die nicht innerhalb einer Campact-Kampagne ausgegeben werden können, leitet Campact an andere zu dem Thema arbeitende Organisationen weiter und unterstützt so deren Ziele.
- Spenden, die für gemeinsame Aktivitäten mit Kampagnenpartner*innen eingehen (zum Beispiel für Demonstrationen), werden über einen Träger abgerechnet. Campact überweist seinen Anteil entsprechend an diese Träger.

Eine Auflistung dieser Organisationen, Zwecke und Beträge findet sich im [Anhang](#).

Jahresergebnis

Im Jahr 2020 beliefen sich die Einnahmen aus Spenden, regelmäßigen Förderbeiträgen und sonstigen Erträgen auf 13,7 Millionen Euro. Die Ausgaben betragen im gleichen Zeitraum 12,5 Millionen Euro. Das ergibt einen Jahresüberschuss von rund 1,2 Millionen Euro, davon rund 17.600 Euro bei der Demokratie-Stiftung Compact. Dieser Überschuss wurde erzielt, weil die Einnahmen aus regelmäßigen Förderbeiträgen gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen sind. Grund dafür ist insbesondere die große Solidarität der Compact-Unterstützer*innen.

Nachdem sich der Verein für ein verantwortungsvolles Miteinander in der Pandemie ausgesprochen hatte und klare Haltung gegen die Querdenken-Bewegung gezeigt hat, kehrten zahlreiche Menschen Compact den Rücken zu. Als Reaktion entschlossen sich Tausende, Compact nun zu fördern. Der so entstandene Überschuss ermöglicht es, Rücklagen anzulegen, auf die Compact in Zukunft zurückgreifen kann. So kann die Arbeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ohne Kürzungen fortgesetzt werden.

Übersicht Jahresergebnis 2020 (in Mio. €)

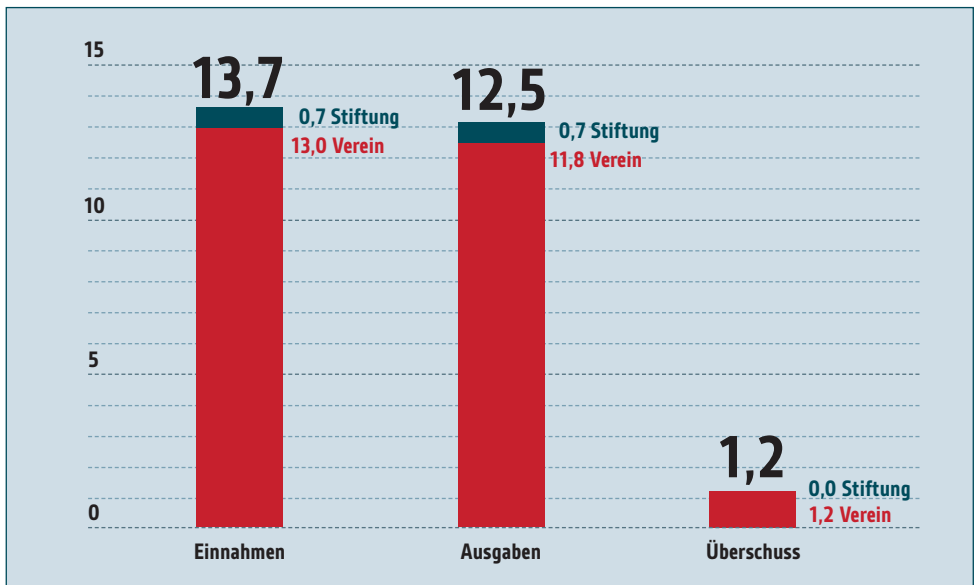


Abbildung 7

Vermögen und Geldanlage

Campact hat in den vergangenen Jahren Rücklagen gebildet, die eine kontinuierliche Arbeit auch dann sichern, wenn die Spendeneinnahmen kurzfristig sinken. Zusätzlich existieren zweckgebundene Rück-

lagen für einzelne Kampagnen und die Bundestagswahl 2021. Die Summe aller Rücklagen betrug zum Jahresende 6,79 Millionen Euro und bildet sich wie folgt:

Rücklagen im Jahr 2020 (in Tsd. €)

	Verein	Stiftung
Freie Rücklagen	5.000	41
Projektrücklagen für Kampagnen	... Satzungszwecke gem. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO
	Initiativen gegen Rechts 112	Demokratie gegen Rechts 103
	Klage gegen Freihandelsabkommen EU-Singapur 81	
	Förderung „Le Mouvement“ 72	
	CETA-Klage Bundesverfassungsgericht 69	
	Corona-Dossier der taz 20	
	Gesamt 354	Gesamt 103
Rücklagen für die Bundestagswahl	1.000	–
Betriebsrücklagen	294	–
Gesamt	6.648	144

Tabelle 4

Das langfristig gebundene Vermögen von Campact setzt sich aus drei Bausteinen zusammen: immaterielles Vermögen, Sachanlagen und Finanzanlagen. Das immaterielle Vermögen besteht hauptsächlich aus der Software, die für Campact erstellt wurde

und geleisteten Anzahlungen. Sachanlagen sind Ausstattungsgegenstände wie Computer oder Büromöbel. Finanzanlagen sind die Teile des Vermögens, die langfristig finanziellen Anlagezwecken dienen.

Langfristig gebundenes Vermögen (in Tsd. €)

	31.12.2020			31.12.2019	Veränderung zu 2019
	Gesamt	Verein	Stiftung		
Immaterielle Vermögensgegenstände	710	708	2	321	+389
Sachanlagen	152	152	0	150	+2
Finanzanlagen	3.214	3.214	0	3.130	+84
Gesamt	4.076	4.074	2	3.601	+475

Tabelle 5

Campact folgt bei der Anlage von Vermögen den Leitlinien der Bewegungsstiftung zu ethisch-nachhaltiger Geldanlage. Mittel- und längerfristige Finanzanlagen bestehen bei der Eisenbahn Spar- und Bauverein Bremen eG, der GEWOBA Nord Baugenossenschaft, der Umweltbank, dem Ökologischen Zentrum Verden e.V., dem Norddeutschen Zentrum für Nachhaltiges Bauen, bei der Bank für Sozialwirtschaft und bei der GLS Bank.

Zu den Finanzanlagen gehört auch die Beteiligung an der HateAid gGmbH (vgl. Seite 44).

Das Umlaufvermögen von Campact verteilt sich auf mehrere Konten. Das Geschäftskonto liegt bei der Kreissparkasse Verden. Das Spendenkonto des Vereins ist bei der Bank für Sozialwirtschaft, das der Demokratie-Stiftung bei der GLS Bank. Tagesgeldkonten existieren bei der EthikBank, der Triodos Bank und der GLS Bank.

Jahresabschluss 2020

Gewinn- und Verlustrechnung Campact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
1) Erträge aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Spenden – Förderbeiträge	8.944.516,91	
Spenden – frei	775.871,82	
Spenden – kampagnengebunden	2.934.533,96	
Summe Erträge aus satzungsgemäßen Betätigungen		12.654.922,69

	Betrag	Summe
2) Sonstige Einnahmen und Erträge		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	133.000,00	
Sonstige betriebliche Erträge	210.058,53	
Summe sonstige Einnahmen und Erträge		343.058,53

	Betrag	Summe
3) Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Zuwendungen, Spenden noch nicht gezahlt	118.617,72	
Zuwendungen, Spenden für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke	1.054.987,23	
Zuwendungen, Spenden an ausländische Organisationen mit gemeinnützigem Zweck	415.620,00	
Print-Anzeigen	308.896,73	
Online-Anzeigen, Online-Mobilisierung	449.468,54	
Aktionsmaterial, Aktionskosten	877.729,02	
Foto- und Videoproduktionen sowie Dokumentationen	66.015,44	
Grafiken	117.748,91	
Geschenke nicht abzugsfähig ohne §37b ES	62.215,60	
Infomaterial	76.868,99	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen	119,96	

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Compact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
Fortsetzung 3) Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Reisekosten Arbeitnehmer*innen, Flugkosten	425,03	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen, Fahrtkosten	23.736,79	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen, Verpflegungskosten Aktion	6.784,41	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen, Übernachtungsaufwand	10.984,40	
Wartungs-/Betriebskosten für Software, Webservice	781.698,26	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.154,51	
Honorare, Aufwandsentschädigungen Aktionen	6.911,60	
Recherchetätigkeiten, Abos	78.445,84	
Mieten für Einrichtungen (bewegliche Wirtschaftsgüter)	10.551,36	
Mieten für Server, Hosting	50.994,04	
Summe Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		4.523.974,38

	Betrag	Summe
4) Personalaufwand		
4a) Löhne und Gehälter		
Gehälter	4.100.879,33	
Sachzuwendungen und Dienstleistungen an Arbeitnehmer*innen	24.632,85	
Fahrtkostenerstattung – Wohnung/Arbeitsstätte	32.996,24	
Zuschuss doppelte Haushaltsführung	4.375,07	
Summe Löhne und Gehälter		4.162.883,49

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Compact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
Fortsetzung 4) Personalaufwand		
4b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Gesetzliche soziale Aufwendungen	782.872,73	
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	19.613,12	
Freiwillige soziale Aufwendungen, lohnsteuerfrei	71.583,60	
Versorgungskassen, Künstlersozialkasse	2.379,12	
Aufwendungen für Altersversorgung	351,36	
Summe soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		876.799,93
Summe Personalaufwand		5.039.683,42

	Betrag	Summe
5) Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	202.132,76	
Abschreibungen auf Sachanlagen (ohne AfA auf Kfz und Gebäude)	66.847,62	
Abschreibungen auf den Sammelposten Wirtschaftsgüter	25.883,38	
Summe Abschreibungen		294.863,76

	Betrag	Summe
6) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Verluste durch außergewöhnliche Schadensfälle	62.500,00	
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	20.550,00	
Ausgleichsabgabe i. S. d. Schwerbehindertengesetzes	4.620,00	
Miete (unbewegliche Wirtschaftsgüter), regelmäßig	89.676,68	
Miete (unbewegliche Wirtschaftsgüter), zus. Räumlichkeiten	17.015,31	
Gas, Strom, Wasser	21.693,51	
Reinigung	14.870,76	
Sonstige Raumkosten	3.077,68	
Versicherungen	23.621,46	

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Campact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
Fortsetzung 6) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Beiträge, Mitgliedschaften	154.800,00	
Werbekosten	187.538,21	
Bewirtungskosten	185,95	
Aufmerksamkeiten	3.230,54	
Wartungs-/Betriebskosten für Hardware	124.392,60	
Fremdleistungen/Fremdarbeiten	654.532,76	
Porto	7.264,40	
Telefon	49.029,79	
Bürobedarf	3.951,05	
Zeitschriften, Bücher	1.845,94	
Fortbildungskosten	53.509,27	
Workshop-Kosten	37.142,33	
Rechts- und Beratungskosten	140.064,75	
Aufwendungen für die zeitlich befristete Überlassung von Rechten (Lizenzen, Konzessionen)	71.872,42	
Nebenkosten des Geldverkehrs	123.390,00	
Werkzeuge und Kleingeräte	5.601,37	
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen		1.875.976,78

	Betrag	Summe
7) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
Zins- und Dividenderträge	375,23	
Habenzinsen Geldanlagen	3.310,64	
Summe sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.685,87

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Compact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
8) Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
Steuerlich abzugsfähige, andere Nebenleistungen	3,00	
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen		3,00
	Betrag	Summe
9) Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer für Vorjahre	60,00	
Solidaritätszuschlag für Vorjahre	3,30	
Kapitalertragsteuer 25 %	278,88	
Anrechenbarer Solidaritätszuschlag auf Kapitalertragsteuer	15,28	
Summe Ertragsteuern		357,46
	Betrag	Summe
10) Sonstige Steuern		
Steuernachzahlungen Vorjahre	47.320,83	
Summe Sonstige Steuern		47.320,83
	Betrag	Summe
11) Jahresüberschuss		1.219.487,46
	Betrag	Summe
12) Entnahmen aus Rücklagen		
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	772.312,65	
Summe Entnahme aus Rücklagen		772.312,65
	Betrag	Summe
13) Einstellungen in Rücklagen		
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	1.991.800,11	
Summe Einstellungen in die Rücklagen		1.991.800,11
	Betrag	Summe
14) Bilanzergebnis		0,00

Tabelle 6

Bilanz Campact e.V. (in €)

Aktiva	31.12.2020	31.12.2019
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	708.186,31	318.661,97
II. Sachanlagen	151.710,00	149.765,59
III. Finanzanlagen	3.213.555,05	3.129.955,77
	4.073.451,36	3.598.383,33
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	147.263,08	150.416,98
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	3.806.411,25	2.940.248,27
	3.953.674,33	3.090.665,25
C. Rechnungsabgrenzungsposten	27.436,54	44.720,51
	8.054.562,23	6.733.769,09
Passiva	31.12.2020	31.12.2019
A. Eigenkapital	6.648.074,05	5.428.586,59
B. Rückstellungen	723.987,18	746.017,95
C. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	532.878,07	419.969,72
II. Sonstige Verbindlichkeiten	149.622,93	139.194,83
	682.501,00	559.164,55
	8.054.562,23	6.733.769,09

Tabelle 7

Gewinn- und Verlustrechnung Demokratie-Stiftung Campact (in €)

	Betrag	Summe
1) Erträge aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Spenden – frei	218.706,22	
Spenden – zweckgebunden	541.691,82	
Nachlassspenden	5.000,00	
Summe Erträge aus satzungsgemäßen Betätigungen		765.398,04

	Betrag	Summe
2) Sonstige Einnahmen und Erträge		
Einnahmen Bußgelder	200,00	
Summe sonstige Einnahmen und Erträge		200,00

	Betrag	Summe
3) Abschreibungen		
Abschreibung immaterielle Vermögensgegenstände	827,00	
Summe Abschreibungen		827,00

	Betrag	Summe
4) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Zuwendungen, Spenden noch nicht gezahlt	100.000,00	
Zuwendungen, Spenden für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke	428.757,34	
Versicherungen	2.086,37	
Beiträge	357,00	
Werbekosten	355,94	
Foto- und Videoproduktionen	5.303,00	
Infomaterial Fundraising	165.727,07	
Fremdleistungen und Fremdarbeiten	19.886,41	
Porto	32,16	
Bürobedarf	68,14	
Workshop-Kosten	812,00	
Rechts- und Beratungskosten	12.000,07	

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Demokratie-Stiftung Compact 2020

	Betrag	Summe
Fortsetzung 4) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Abschluss- und Prüfungskosten	10.937,88	
Mieten für Server, Hosting	479,40	
Nebenkosten des Geldverkehrs	326,85	
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen		747.129,63
5) Jahresüberschuss		
		17.641,41
6) Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	85.643,98	
Summe Entnahmen aus Gewinnrücklagen		85.643,98
7) Einstellungen in Rücklagen		
Einstellungen andere Rücklagen	103.285,39	
Summe Einstellungen in Rücklagen		103.285,39
8) Bilanzergebnis		
		0,00

Tabelle 8

Bilanz Demokratie-Stiftung Compact (in €)

Aktiva	31.12.2020	31.12.2019
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.239,00	2.066,00
	1.239,00	2.066,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	895,00	
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	403.711,24	289.099,06
	404.606,24	289.099,06
C. Rechnungsabgrenzungsposten	885,07	0,00
Summe	<u>406.730,31</u>	<u>291.165,06</u>
Passiva	31.12.2020	31.12.2019
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital	109.100,00	105.000,00
II. Kapitalrücklage	144.744,39	127.102,98
	253.844,39	232.102,98
B. Rückstellungen	5.900,00	9.700,00
C. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.985,92	2.086,80
II. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	47.275,28
	146.985,92	49.362,08
	<u>406.730,31</u>	<u>291.165,06</u>

Tabelle 9

Externe Prüfung

Campact e.V. und die Demokratie-Stiftung Campact sind durch vereinsrechtliche Vorschriften beziehungsweise die Abgabenordnung nicht zu einer externen Prüfung des Jahresabschlusses verpflichtet. Trotzdem werden die Jahresabschlüsse beider Körperschaften durch die Hamburger Treuhand

Gesellschaft Schomerus & Partner mbB jährlich kontrolliert. Außerdem lässt Campact die Buchhaltung des Vereins und der Stiftung intern vom Campact-Haushaltsausschuss bzw. vom Stiftungsrat prüfen.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers an den Campact e.V.

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Transparenzbericht weicht hinsichtlich der Gliederung und dem Detaillierungsgrad der Kostenpositionen vom handelsrechtlichen Jahresabschluss ab. Der hier dargestellte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellten Jahresabschluss.

An den Campact e.V., Berlin

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss des Campact e.V., Berlin, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen

Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 am bedeutsamsten waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksich-

tigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Vereins haben wir uns besonders mit den steuerlichen Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 10. Januar 2019 und den sich daraus ergebenden Rückstellungsverpflichtungen befasst. In dem Urteil entschied der BFH, dass die Tätigkeit des Attac Trägerverein e.V. (Attac) zu Recht vom zuständigen Finanzamt als nicht gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung eingeordnet wurde. Compact engagiert sich in ähnlicher Weise wie Attac als Bürgerbewegung durch Beteiligung an und Organisation von Demonstrationen, Informationskampagnen und Online-Petitionen, die sich ausdrücklich an politische Entscheidungsträger richten. Mit Bescheid vom 2. Oktober 2019 wurde die Gemeinnützigkeit aberkannt; insofern ist seit dem Jahr 2015 kein Freistellungsbescheid mehr ergangen. Sowohl ertragsteuerliche Konsequenzen als auch eine Spendenhaftung sind derzeit für diese Jahre nicht zu erwarten. Allerdings wird Schenkungsteuer auf alle Spenden fällig werden, soweit die zugewendete Summe pro Spender 20 T€ in einem Zehnjahreszeitraum übersteigt. Der Verein hat die voraussichtlich zu entrichtende Steuer zuzüglich eventuell anfallender Zinsen nach aktuellen Erkenntnissen mit 220 T€ bewertet, die in Form einer Rückstellung im Jahresabschluss berücksichtigt wurden.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Transparenzbericht.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Vereinstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Vereinstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Vereinstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung

eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Vereinstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähig-

keit des Vereins zur Fortführung der Vereinstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Vereinstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 15. Juli 2021

**Hamburger Treuhand Gesellschaft
Schomerus & Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Berlin**

Steinert
Wirtschaftsprüfer

Schwunk
Wirtschaftsprüferin

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers an die Demokratie-Stiftung Campact

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Transparenzbericht weicht hinsichtlich der Gliederung und dem Detaillierungsgrad der Kostenpositionen vom handelsrechtlichen Jahresabschluss ab. Der hier dargestellte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellten Jahresabschluss.

An die Demokratie-Stiftung Campact, Berlin:

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresschluss der Demokratie-Stiftung Campact, Berlin, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Stiftung unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten

Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Tätigkeitsbericht und den Transparenzbericht.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie

in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stiftung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Der Stiftungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Stiftung zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung

der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Erweiterung der Jahresabschlussprüfung aufgrund § 8 Abs. 2 Berliner Stiftungsgesetz

Wir haben aufgrund § 8 Abs. 2 Berliner Stiftungsgesetz die Erhaltung des Stiftungsvermögens zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung wurden in allen wesentlichen Belangen die Stiftungsmittel im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 satzungsgemäß verwendet. Das Stiftungsvermögen ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 erhalten.

Wir haben unsere Prüfung aufgrund von § 8 Abs. 2 Berliner Stiftungsgesetz (StiftG Bln) unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) durchgeführt. Danach wenden wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Die Berufspflichten gemäß der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer einschließlich der Anforderungen an die Unabhängigkeit haben wir eingehalten. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend weitergehend beschrieben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob in allen wesentlichen Belangen das Stiftungsvermögen zum Bilanzstichtag erhalten und die Stiftungsmittel im Geschäftsjahr satzungsgemäß verwendet wurden, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil in Bezug auf die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel beinhaltet. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Berlin, den 15. Juli 2021

**Hamburger Treuhand Gesellschaft
Schomerus & Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Berlin**

Steinert
Wirtschaftsprüfer

Schwunk
Wirtschaftsprüferin

Anhang

Kooperationspartner*innen im Jahr 2020

Campact ist dankbar, mit so vielen starken Partner*innen für ökologischen, sozialen und demokratischen Wandel streiten zu können. 2020 verfolgten wir unsere Kampagnen an der Seite folgender Organisationen und Verbände:

#LeaveNoOneBehind, #wirspielennichtmit, ADFC, Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“, Amadeu Antonio Stiftung, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), BUNDjugend, Bündnis Bürgerenergie, Bürgerbewegung Finanzwende, Bundesverband Erneuerbare Energie, codetekt (ehemals DetektivKollektiv), Corporate Europe Observatory, Das NETTZ, Deutsche Umwelthilfe, Digitalcourage, foodwatch, Fridays for Future, Friends of the Earth Europe, Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), Greenpeace, HateAid, ichbinhier, Kidal Mass, Klima-Allianz Deutschland, LobbyControl, Aktionsbündnis „Keine A 49“, Mehr Demokratie, Mietenvolksentscheid, NABU, NaturFreunde Deutschlands, Netzwerk Gerechter Welthandel, Netzwerk Steuergerechtigkeit, No Hate Speech Movement, PowerShift, Robin Wood, Sea-Watch, Seebrücke, Solarenergie Förderverein, Together for Future, Transparency International, Umweltinstitut München, Unteilbar, WeMove, „Wir haben es satt!“-Bündnis, WWF Deutschland

Impressum

Herausgeber: Campact e.V., Artilleriestr. 6, 27283 Verden

www.campact.de | support@campact.de

Verantwortlich: Dr. Astrid Deilmann, Daphne Heinsen, Dr. Felix Kolb

Redaktion: Claudia Fatzkämper, Nátali Krick, Tina Musil, Nils Schlingmann, Nadine Schmidt

Redaktionsschluss: 26.7.2021

Fotos: Philip Eichler, Chris Grodotzki, Lukas Klose, Selene Magnolia, Helena Manhartsberger,

Ruben Neugebauer, Agata Szymanska-Medina, Sabine Vielmo, Paul Lovis Wagner

Icons: thenounproject.com

Layout: Martina Puchalla für www.zitrusblau.de

Weitere Informationen zu den folgenden Tabellen 10 bis 12 finden sich unter „Weitergabe von Mitteln an andere Körperschaften“.

Körperschaften, die 2020 von Campact e.V. finanzielle Mittel erhalten haben

Mitgliedsbeiträge und Empowerment von nationalen und internationalen Bewegungsorganisationen

Empfänger	Zweck	Betrag
aHang (Ungarn)	Organisationsaufbau	50.960,00 €
Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung e.V.“	Mitgliedsbeitrag	10.000,00 €
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)	Aufbau Fundraising/Campaigning	11.382,00 €
Aufstehn (Österreich)	Organisationsaufbau	16.800,00 €
BUND Berlin e.V.	Unterstützung Parents for Future	200,00 €
Campax (Schweiz)	Organisationsaufbau	54.400,00 €
codetekt e.V. (ehemals DetektivKollektiv)	Organisationsaufbau	18.000,00 €
CORRECTIV gGmbH	Spende	240,00 €
DeGoedeZaak (Niederlande)	Organisationsaufbau	54.600,00 €
DeGoedeZaak (Niederlande)	Kampagne gegen CETA	32.000,00 €
Demokratie-Stiftung Campact	Projektförderungen	420.000,00 €
Deutscher Naturschutzring (DNR) „Forum Umwelt und Entwicklung“	Mitgliedsbeitrag „Netzwerk Gerechter Welthandel“	5.000,00 €
Indians for Collective Action (USA / Indien)	Organisationsaufbau	14.560,00 €
Klima-Allianz	Mitgliedsbeitrag	7.000,00 €
Kreni Promeni (Serbien)	Organisationsaufbau	20.000,00 €
Leadnow (Kanada)	Organisationsaufbau	12.376,00 €
OPEN Inc. (Australien)	Mitgliedsbeitrag „Online Progressive Engagement Network“	146.800,00 €
Seebrücke (Mensch Mensch Mensch e.V.)	Organisationsaufbau	90.000,00 €
Skiftet (Schweden)	Organisationsaufbau	76.000,00 €
Together for Future e.V.	Unterstützung Fridays for Future	20.000,00 €
Uplift (Irland)	Organisationsaufbau	16.000,00 €
WeMove Europe gGmbH	Organisationsaufbau	100.000,00 €

Tabelle 10

Beiträge zur Finanzierung von gemeinsamen Kampagnen-Aktivitäten

Empfänger	Zweck	Betrag
BUND Thüringen e.V.	Demo „Wir haben es satt“	5.000,00 €
Bürgerbewegung Finanzwende e.V.	Lufthansa-Studie	270,00 €
Deutscher Naturschutz Ring (DNR) e.V.	Demo „Wir haben es satt“	15.035,00 €
Deutscher Naturschutz Ring (DNR) e.V.	Kampagne „Meine Landwirtschaft“	5.000,00 €
Deutscher Naturschutz Ring (DNR) e.V.	„Koordinationsstelle internat. Handelsabkommen“	3.000,00 €
Digitalcourage e.V.	Bundesweite Menschenketten „#SoGehtSolidarisch“	15.000,00 €
Digitalcourage e.V.	Bundesweite Demos „#unteilbar“	48.282,00 €
Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V. (DIDF)	Demo „#unteilbar“ Hamburg	500,00 €
foodwatch e.V.	Informationskampagne gegen die Ratifizierung von CETA	10.000,00 €
Förderverein Jugendaktion	Aktionen zum Schutz des Dannenröder Walds	13.000,00 €
Naturfreunde Berlin e.V.	Demo „Wir haben es satt“	5.000,00 €
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation und Bildung	Übernahme von Rechts- und Prozesskosten Pestizid Südtirol	31.216,00 €
PowerShift e.V.	Drei Publikationen (einmal „Energiecharta“; zweimal „Mercosur“)	1.500,00 €
RAN e.V.	Demo „Nicht mit uns“ (Thüringen)	15.000,00 €
Seebrücke (Mensch Mensch Mensch e.V.)	Aktionstage Welcome United	70.000,00 €
Solibus e.V.	Aktionen zum Schutz des Dannenröder Walds	6.400,00 €
Umweltinstitut München e.V.	Übernahme von Rechts- und Prozesskosten Pestizid Südtirol	208.784,00 €

Tabelle 11

Körperschaften, die 2020 von der Demokratie-Stiftung Campact finanzielle Mittel erhalten haben

Empfänger	Zweck	Betrag
Das Progressive Zentrum e.V.	Studie „Die Talkshow-Gesellschaft“	15.000,00 €
Donate for Future e.V.	Fridays for Future	30.000,00 €
FAIR SHARE of Women Leaders e.V.	Monitor-Erstellung zum Frauenanteil in NRO-Leitungen	80.000,00 €
HateAid gGmbH	Eigenanteil für Förderung durch das BMFSFJ	15.000,00 €
HateAid gGmbH	Organisationsaufbau	100.000,00 €
ichbinhier e.V.	Organisationsaufbau	100.000,00 €
NaturFreunde Deutschlands Berlin e.V.	Klimaschutzdemo zum SPD-Parteitag	32.536,00 €
NaturFreunde Deutschlands Berlin e.V.	Klimastreik	101.222,00 €
Together for Future e.V.	Klimastreik in Bayern	15.000,00 €
Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.	Beratungsstelle „Initiative 19. Februar“ Hanau	40.000,00 €

Tabelle 12

DER ERSTE SCHRITT ZU VERÄNDERUNG? IHR KLICK INS NETZ!



Infos teilen, Petitionen unterzeichnen, Einsatz fördern: Bei Campact bewegen Menschen Politik so, wie es am besten zu ihnen passt. Der Anfang dafür ist der Klick auf unsere Website. Machen Sie mit – und entdecken Sie selbst, wie Sie sich mit unserer Bürgerbewegung für unsere gemeinsamen Werte einsetzen wollen.

Klicken Sie hier